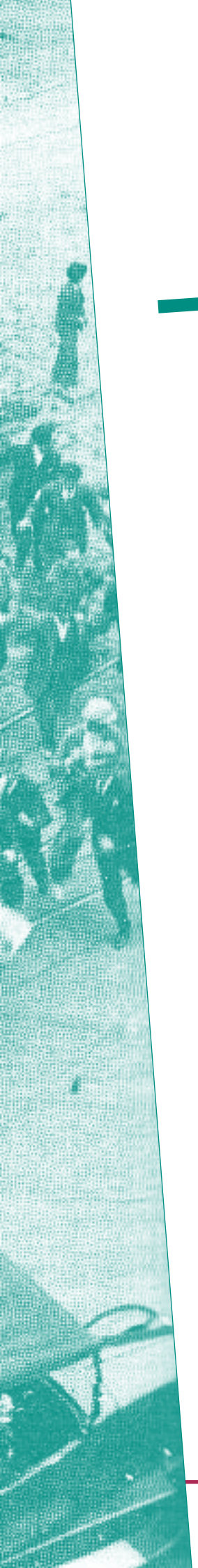
Das verflixte Wort mit

D.

Linksradikale Beiträge zum Demokratie-Begriff.

"TOLEDO"



Inhaltsverzeichnis

4
Einleitung
**andere zustände ermöglichen*

5
Demokratie linksradikal denken
**andere zustände ermöglichen*

13
Aufbau konstituierender Macht zur Vergesellschaftung und Demokratisierung aller Lebensbereiche
Hanno (*Interventionistische Linke*)

25
Für eine rätesozialistische De-Konstruktion des Demokratie-Begriffs
Detlef Georgia Schulze *(Ex-SIB)* & Michael Schilwa *(SIB)*

33
Ist es sinnvoll für eine radikale Linke, sich positiv auf Demokratie zu beziehen?
...nevergoinghome

43
Kleingedrucktes

Einleitung

In der vorliegenden Broschüre finden sich vier Texte aus der radikalen Linken, welche sich mit den emanzipatorischen Potentialen des »Demokratie« -Begriffs beschäftigen. In den Krisenprotesten der letzten Jahre um 15M, Occupy und Blockupy sowie auch in den Kämpfen des Arabischen Frühlings war die Frage nach Demokratie und Formen der Politik äußerst wichtig. Diese Bewegungen zeichne(te)n sich einerseits dadurch aus, dass sie auf keinen klassischen linken Theoriegebäuden fußten, andererseits entwickelten sie eine aufeinander Bezug nehmende Praxis, die sich größtenteils antagonistisch zu den herrschenden politischen Verfahrensweisen positionierte. Die in allen Kämpfen immer wieder aufscheinende Frage nach der politischen Organisierung bzw. der Organisierung der Politik war für uns Anlass, eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Sphäre des Politischen, mithin des Demokratischen bzw. der Demokratie, anzuregen.

Der erste Text ist von der Gruppe **andere zustände ermöglichen,* welche die Broschüre initiiert hat. Auch wenn Demokratie zumeist mit einer Herrschaftsform des Staates gleichgesetzt wird und zur Selbstlegitimation des Kapitalismus genutzt wird, meint **aze*, dass schon in der jetzigen Verwendung des Begriffs emanzipatorische Aspekte, welche über die bestehende Herrschaftsstrukturierung hinaus weisen, vorhanden sind. Der Begriff der Demokratie wird dem Verständnis einer festen Form oder der Identität mit einer Herrschaftskacke wie der BRD entführt und als Beschreibung für revolutionäre Situationen, in denen mehr Gleichheit in der Strukturierung der Gesellschaft erreicht werden kann, verwendet.

Die Möglichkeit einer positiven Bezugnahme auf den Demokratiebegriff wird auch von *Hanno aus der Interventionistischen Linken (IL)* in seiner konkreten Analyse der Proteste der Empörten in Spanien, geteilt. In Spanien ist der Slogan »Echte Demokratie« zentraler Bestandteil der Bewegung. Seine Analyse, Negri/Hardt rezipierend, gründet er auf dem Gegensatzpaars des Konstituierten und dem Konstituierenden. Das Konstituierte ist dabei der Staat, das Festgefügte und Institutionalisierte. Das Konstituierende wird als eine Politik von unten durch die Multitude verstanden. Durch die konkrete Analyse der Bewegung der Empörten ist es möglich wichtige Aspekte eines konstituierenden Prozess von unten auszuloten.

Detlef Georgia vom NAO-Prozess ist deutlich skeptischer, was die Potentiale des Demokratiebegriffs angeht und argumentiert aus einer rätekommunistischen Perspektive. Demokratie ist für sie zunächst ein leerer, idealistischer Begriff. Eine »echte Demokratie« kann es nicht geben, weil es keinen Kern des Demokratiebegriffs gibt, auf den sich wieder besonnen werden könnte. Demokratie ist demnach zunächst die juristische Rahmenbedingung für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Aus dieser Einsicht wird für den Begriff »Rätedemokratie« plädiert, weil er die Unterschiede zum hegemonialen Demokratieverständnis deutlich macht und betont, dass die Frage nach der politischen Organisierung der kommunistischen Gesellschaft virulent ist.

Im letzten Text diskutiert die Gruppe *...never going home (ngh)* über Demokratie. Sie analysieren Demokratie als integrative Herrschaftstechnik im Kapitalismus, schließen einen utopischen Überschuss von Demokratie aber nicht aus, der den Begriff auch gegen die bestehenden Zustände anführen lassen könnte. Abschließend wird die Problematik auf geworfen, wie die radikale Linke zur Einbindung aller steht, wie Abgrenzungen in der Organisierung legitimiert werden und warum sie notwendig sein können.

Dass Demokratie, wie auch immer beurteilt, von einem Gleichheitsversprechen lebt, ist dabei klar. Diesem Inhalt steht die Form der Broschüre teilweise entgegen, ein akademischer Slang und die Beschränktheit der Autor_innen auf einen bestimmten linksradikalen Szenebereich sind uns bewusst. Es kann also keineswegs Anspruch sein, den Diskussionsstand »der Szene« zu Demokratie wieder zu geben. Vielmehr soll diese Broschüre zu eben jener Diskussion und weiteren inhaltlichen Beschäftigungen und Auseinandersetzungen anregen.

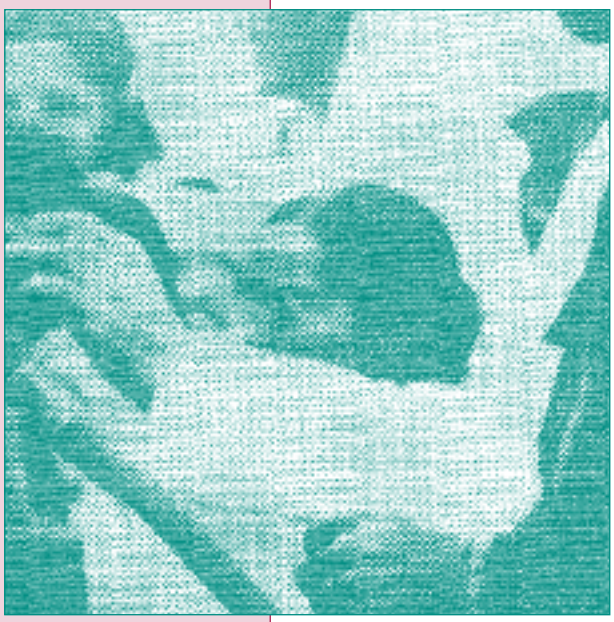
**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

Demokratie linksradikal denken

von *andere zustände ermöglichen

Demokratie linksradikal denken

von *andere zustände ermöglichen



»Die Demokratie erscheint nur dann als unerreichbare Zukunft, wenn wir sie als perfekte Staatsform oder als perfekten Zustand der Gleichheit begreifen. [...] Vielmehr stellt sie ein Prinzip dar, von dem wir immer wussten, dass es mit seinem Gegenteil verwoben ist und dass es unaufhörlich gegen dieses Gegenteil ankämpft.« (Ranciére)

Die von Ranciére genannte Widersprüchlichkeit des Demokratiebegriffs hat in den letzten Jahren der Krise eine Aktualisierung erfahren. So ist Demokratie ungebrochen ein zentraler Bestandteil der Selbstlegitimierung des Bestehenden. Andererseits wurde Demokratie sowohl in den jüngsten Protesten gegen die kapitalistische Krise als auch in den emanzipativen Revolten des »arabischen Frühlings« gegen autokratische Regime in Stellung gebracht. Die weltweiten Proteste der vergangenen Jahre hatten kein gemeinsames Motto, aber eine Gemeinsamkeit: Die Bezugnahme auf »Demokratie« war vom »arabischen Frühling« bis zu den Occupy-Protesten feststellbar.

Auch im Diskurs der Feuilletons wurde die Ernennung technokratischer, also nicht gewählter und von so genannten Experten besetzten Regierungen in Italien und Griechenland zur Durchsetzung eines Krisenregimes im Sinne einer wettbewerbsfähigen EU beklagt. Im bürgerlichen Diskurs wird unter Demokratie aber immer die staatliche Form verstanden. Es geht dann also um legitime Repräsentation und demokratische Prozedere. Diese Fassung von Demokratie als Staatsform wurde von Teilen der Krisenproteste zurückgewiesen, die in ihrer Kritik der politischen Verhältnisse die Floskel einer

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

»Echten Demokratie« (Rea Democracy) ins Spiel brachten. Die Floskel funktionierte mehr als gegenseitiges Band und Mittel der strategischen Bezugnahme denn als politischer Inhalt. Die Idee einer »echten Demokratie« ist aber nicht selbsterklärend. Sie läuft genauso Gefahr, den herrschenden Verhältnissen in die Hände zu spielen, wie sie zu einem Abwehrkampf gegen die Einschränkung von demokratischen Rechten werden kann. Demokratie muss mehr sein als empört mit dem Grundgesetz vor der Paulskirche zu wedeln, oder sie ist aus linksradikaler Perspektive unbrauchbar. Dass Demokratie mehr ist, ist Kernthese unseres Beitrags. Dafür müssen wir uns jedoch der theoretischen Debatte um den Begriff stellen. Im folgenden versuchen wir zunächst in aller Kürze (und leider mit einigen Verkürzungen) die unseres Wissens nach übliche linksradikale Demokratiekritik zu skizzieren, um darauf aufbauend einige Kritikpunkte und von uns identifizierte Leerstellen plausibel zu machen. Daran anschließend soll die These eines inhaltlich gefüllten Demokratiebegriffs entwickelt werden, der sich im Spannungsfeld des Politischen und der Politik bewegt. Eine dergestalt entworfene Idee von Demokratie kann unserer Meinung nach wichtige Impulse für eine emanzipatorische linksradikale Praxis geben.

Aber willst du nicht in einer Demokratie leben?

Demokratie ist ein Ankerpunkt im hegemonialen Diskurs, der Begriff ist ein zentrales Element kapitalistischer Selbstlegitimierung. Der Staat mit seinen Protagonist*innen definiert sich als Demokratie und nicht etwa als Kapitalismus oder als Gewaltapparat.

Demokratie ist die Bezeichnung für die politische Sphäre der Gesellschaft, sie ist im hegemonialen Diskurs die ideale Art und Weise, Herrschaft zu organisieren. Unter Demokratie werden auch die Begrenzungen kollektiver Zwänge gegenüber dem Individuum, also die Menschenrechte, Versammlungsfreiheit und so weiter gefasst. Dabei ist es kein Problem, diese Rechte wegen »Sicherheitserfordernissen« deutlich einzuschränken. Denn das Funktionieren des demokratischen Staates wird durch den Rahmen einer Nation gewährleistet, welche Volk und Staat in eine geschichtliche Natürlichkeit versetzt. Die Demokratie ist deswegen nicht die Verwaltung der Interessen der Menschen, sondern die Verwaltung der Nation zu ihrem Wohle. Außerdem werden die Zwänge kapitalistischer Organisierung naturalisiert und damit außerhalb politischen Handelns und Einflusses verortet – wie beispielsweise bei den »Finanzmärkten« deutlich wird, die dem eigenen Handeln scheinbar entrückt sind, gleichzeitig aber quasi-göttlich über Wohl und Wehe der Gesellschaft richten.

Die Anforderungen der spezifisch kapitalistischen Effizienzkalküle und Verwertungslogiken sind als letzter Grund kapitalistisch-demokratischer Vergesellschaftung nicht hinterfragbar. Die gewählten Parteien und die von ihr Repräsentierten müssen sich den »Realitäten« stellen, das heißt sie müssen die Anforderungen der kapitalistischen Ökonomie verstehen und die Sachzwänge schlussendlich internalisieren.

Unter Prämisse einer Deckungsgleichheit dieses Inhalts mit dem Begriff der Demokratie kommt eine marxistische Tradition linker Staatskritik aus unserer Sicht zunächst folgerichtig zu einer fundamentalen Ablehnung von Demokratie. Die Ausbildung des Staates, die den Anforderungen der kapitalistischen Ökonomie folgt, findet – allgemein gesprochen – in der Demokratie ihre entsprechende Form. Demnach lassen sich auch die Werte dieser Demokratie in Hinblick auf ihre Funktion im Kapitalismus bemessen:

Freiheit ist im bürgerlichen Staat die Freiheit der Arbeiter*innen von den Produktionsmitteln und die Freiheit, nunmehr als Lohnabhängige, Verträge einzugehen, sich also ausbeuten zu lassen – beziehungsweise seitens der Eigentümer*innen die Freiheit, ausbeuten zu dürfen. Gleich-

heit bezeichnet die Stellung der privilegierten bürgerlichen Subjekte (historisch betrachtet vor allem weiße Männer) in Bezug auf den Staat, sein Recht und Gesetz. Durch die Verpflichtung auf die Gleichbehandlung aller Subjekte schreibt er die immanenten Ungleichheiten jeder kapitalistischen Gesellschaft fort.

Die Begriffe von Freiheit, Gleichheit und Demokratie sind somit ein immanenter Bestandteil der Legitimation des Kapitalismus und der Funktionsweise bürgerlicher Herrschaft. In ihrer realen Verfasstheit mitbegründen sie eine mit staatlicher Gewalt abgesicherte kapitalistische Gesellschaft.

Als Form des bürgerlichen Staates erfüllt die Demokratie durch die erfolgreiche Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften ihren ganzen Zweck. Die Verfassung der Subjekte als formal gleiche Staatsbürger*innen führt dann beispielsweise vor allem dazu, dass sie sich in der politischen Sphäre als Citoyen fühlen können, wodurch die Klassenspaltung in der ökonomischen Sphäre quasi verdeckt wird und die Politik ins Feld der Ideologie rückt. Diese intrinsische Verknüpfung emanzipativer Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Demokratie mit der derzeitigen Gesellschaftsformation als kapitalistisch-demokratischer Nationalstaat aufzuzeigen ist notwendig. Gleichzeitig ist für uns damit die Verhandlung von Demokratie nicht abgeschlossen. Denn in Analysen wie der eben nur skizzierten wird Demokratie tendenziell den ökonomischen Prozessen nachgeordnet, womit die politische Sphäre letztlich an Bedeutung verliert. Sowohl die Krisenproteste als auch die teilweise Abkehr der politischen Klasse von demokratischen Verlaufsformen als anscheinend krisenbedingte Notwendigkeit (Stichwort »Vertrauen der Märkte«) haben aber gezeigt, dass die Subjektivierung im Dienste der Demokratie deren Grenzen immer wieder übersteigt und zu mehr strebt, als was durch staatliche Sanktionen vorgegeben wird.

Hier deutet sich an, was wir als einen Rest oder Überschuss an Bedeutung von

Demokratie bezeichnen, der eine eigenständige Wirkmächtigkeit hat und sich gegen die etablierte Demokratie wendet. Demokratie geht unserer Meinung nach also nicht vollständig als dem Kapitalismus adäquateste Form des bürgerlichen Staates auf. Vielmehr zeigt die Krisenpolitik in Europa, dass das demokratische Selbstverständnis in kapitalistischen Krisensituationen keinen Absolutheitsanspruch behält und der Begriff von Seiten des Staates teilweise preisgegeben wird und in den Demokratiediskurs interveniert werden kann. Die Neubesetzung des Demokratiebegriffs aus linksradikaler Sicht wäre unserer Meinung nach somit keine Aufgabe der notwendigen Kritik kapitalistischer Vergesellschaftung. Vielmehr würde sie die Einsicht reflektieren, dass eine Kritik der politischen Ökonomie alleine keine emanzipativere Gesellschaft hervorbringt, wenn die Frage nach politischen Kollektiven und Verfahrensweisen ausgeblendet oder als überflüssig betrachtet wird.

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

Die Kontingenz aller Verhältnisse: was ist, ist weder notwendig noch zufällig

Die französische Revolution kann als Beispiel dienen, um den oben angeführten Überschuss zu verdeutlichen. Aus Sicht der marxistischen Geschichtsphilosophie wird die französische Revolution als Sieg der Bourgeoisie über den Feudalismus gedeutet. Der Kapitalismus benötigt einen anderen Staat und eine andere Gesellschaft, als sie der Absolutismus liefern konnte. Die kapitalistische Ökonomie wollte voran, die feudale Politik hing wie ein träger Pflug dahinter. Also entstand etwas Neues mit dem Sieg der Bourgeoisie: der Nationalstaat, welcher sich demokratisch nennt und eine andere, der ökonomischen Basis entsprechende Form der politischen Repräsentation etablierte.

Wenngleich dies in vielerlei Hinsicht richtig ist, erscheint aus unserer Sicht in der französischen Revolution mit dem Auftauchen des Postulats »Egaliberté« noch etwas anderes als die Geburtsstunde von bürgerlicher Herrschaft und kapitalistischer Ökonomie. Die staatliche Unterwerfung funktioniert einerseits durch die oben skizzierten Mechanismen von Freiheit und Gleichheit, andererseits weisen eben diese Begriffe über den Horizont der bestehenden Ordnung hinaus. Wenn wir dem traditionellen Telos der Notwendigkeit einer staatlichen Transformation aufgrund der fortgeschrittenen Basis Kapitalismus demzufolge zunächst kritisch gegenüber stehen, drängt sich nun die Frage auf, wie es überhaupt zu diesen Einbrüchen in die bestehende Ordnung kommen konnte. Dieser Exkurs führt zunächst vom Begriff der Demokratie weg, wird aber einige Konzepte einführen, die für unser später verhandeltes Demokratieverständnis zentral sein werden.

Das Politische und auch das Demokratische, so unsere These, lässt sich nicht ohne einen Begriff von Kontingenz denken. Kontingenz heißt, sowohl nicht notwendig, als auch nicht zufällig zu sein. Die Welt ist nicht beliebig, es gibt kein ‘anything goes‹. Aber die Verhältnisse, wie sie sich uns darstellen, können immer auch andere sein. Hier kommt das Politische ins Spiel. Lassen sich Herrschaftsverhältnisse konstatieren, werden Aufbruch und Revolution zur politischen Aufgabe. Diese ergibt sich folglich nicht aus einer geschichtlichen Mission bestimmter identifizierbarer gesellschaftlicher Gruppen, sondern gründet auf einer Einsicht in

die Kontingenz, also die Veränderlichkeit der bestimmten Herrschaftsverhältnisse. Wenn es zu einer Veränderung der Konfiguration von Herrschaft kommt, also wenn beispielsweise der Kopf des Königs in der französischen Revolution fällt und das ganze Gefüge von König, Adel, Patriarch und Gott ins Wanken gerät, dann sprechen wir vom Politischen. Das Politische ist die Veränderung der Logik, nach der Gesellschaft organisiert ist. Wir gehen in Hinsicht auf das Politische nicht von notwendigen Widersprüchen aus, die zu einer notwendigen Veränderung der Gesellschaft führen, sondern davon, dass jede Form von Herrschaft kontingent und damit »wegrevolutionierbar« ist.

Die politische Differenz

Unterwerfen wir politische Entscheidungen also den Kriterien von Kontingenz und der Möglichkeit der Entscheidung, wird deutlich, dass die heute allgemein unter Politik gefassten Beschlüsse keine politischen sind, weil sie alle innerhalb der bereits etablierten Logik verbleiben. Politik wird nicht mehr dem Staat zugeordnet, der Staat ordnet sich in das Feld der Politik ein. Staat lässt sich auf dieser Grundlage abstrakt als Ordnungsmacht eines Ganzen beschreiben – Ordnen in dem Sinne, als dass vom Staat Grenzen und Anteile der ihm unterliegenden Entität bestimmt werden. Die Politik/der Staat zählt die Teile und bestimmt den Anteil, den die verschiedenen Teile am Ganzen haben. Diese Politik ordnet die Körper im Raum, ordnet ihre Praktiken und errichtet eine Ordnung des Sagbaren. Die so gefasste, sehr abstrakte Charakterisierung von Staat soll nicht als Verharmlosung gelesen werden. Beispielsweise unterliegt die Fortschreibung institutionalisierten Sexismus maßgeblich staatlichen Politiken. So prägt es die Ordnung der Körper und ihrer Praktiken, wie der Staat die Kategorie Geschlecht einsetzt. Festgelegter Zwang zu einer bestimmten Geschlechtlichkeit und damit verknüpften Seinsweisen qua Geburt und folgender Pädagogik wie in der BRD stellen eine massive, gewaltvolle Strukturierung der gesellschaftlichen Subjekte dar. Die Politik folgt, verwaltet, exekutiert eine Logik, wodurch das Aufscheinen der Kontingenz jeder Politik verhindert werden soll.

Das Politische hingegen, so Nancy, »ist der Ort, an dem die Gemeinschaft als solche ins Spiel gebracht wird.« Politisch ist dann eine Veränderung der grundlegenden Strukturierung des Kollektivs. Ein Kollektiv lässt sich nicht neutral beschreiben, denn jede Beschreibung ist bereits eine Grenzziehung, allerdings verstehen wir darunter so verschiedene Sachen wie die deutsche Bevölkerung oder eine Politgruppe. So ist der Einschluss von bisher außen stehenden Subjekten politisch. Politik ist also jede Verschiebung innerhalb der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, das Politische ist das Verschieben der Herrschaftsverhältnisse selbst. Dabei können Subjekte in der Gemeinschaft auftauchen, die bisher gänzlich außerhalb standen und nach ihrem Eintritt das Kollektiv grundlegend verändern. Es geht nicht darum, bestimmte subalterne Personengruppen als revolutionäre Subjekte zu identifizieren. Ziel ist die Demontage der bestehenden Herrschaftsansprüche und Wahrheitsprozeduren, um Subjekten einen größeren Anteil an der spezifischen gesellschaftlichen Organisierung zu ermöglichen. Es ist grundsätzlich ebenfalls problematisch, wenn von einer Integration in ein Kollektiv gesprochen wird. Hier deutet sich die Ordnungsfunktion der Politik an. Wenn es nur darum geht, dass der Staat mit einem Auswahlprozess, wie beispielsweise derzeit in Kanada, neue Staatsbürger*innen nach einem Punktesystem bestimmt, ist hier selbstverständlich kein politisches Moment anwesend, auch wenn diese Menschen vom »kanadischen Kollektiv« vorher ausgeschlossen waren.

Eine Veränderung des Kollektivs tritt nur auf, wenn die Herrschaftsverhältnisse, die einen Ausschluss begründen, grundsätzlich in Frage gestellt wurden. Ein Kollektiv ist ebenfalls niemals klar bestimmbar,

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

jede Grenze eines Kollektivs ist wiederum ein Machtverhältnis. Das Reden von einem Kollektiv ist wie der gesamte Diskurs, welcher das Politische begleitet, als kontingent sichtbar zu machen. Das Politische ist also immer als ein Prozess, als Einbrechen in die bisherige Ordnung zu verstehen und nicht als Zustand. Wenngleich dieser Einbruch immer in einer spezifischen historischen Situation verankert ist, kommt er nicht von außen in die politische Entität, sondern entsteht innerhalb dieser Ordnung. Das Politische scheint an dem Ort auf, an welchem die Struktur der Ordnung an ihre Grenze stößt – genauer dort, wo die Identifikationen, Kategorien und Positionen uneindeutig werden. Es ist die bestehende politische Ordnung, die prägt, wie und an welcher Stelle das Politische aufscheinen kann. Bricht das Politische ein, kann die Ordnung nicht mehr in die Zeit vor dem Einbruch des politischen Ereignisses zurück. Auch hier ist das Beispiel der französischen Revolution dem Verständnis hilfreich: Als das neue Subjekt des Citoyens die Bühne der Geschichte betrat, konnte trotz aller Rückschläge und Reaktionen die Existenz dieser neuen Subjektivierungsweise von der damals bestehenden Ordnung in Europa nicht mehr negiert werden.

Kommen wir zu Nancys Definition zurück, nach der das Politische »der Ort ist, an dem die Gemeinschaft als solche ins Spiel gebracht wird.« Diese Idee von der Gemeinschaft weiter gedacht, führt uns nicht zwingend zu einer emanzipatorischen Art und Weise. Denn eine Forderung reaktionärer Kräfte nach fester Zuschreibung von Identitäten und Anteilen innerhalb der Ordnung, nach Ausschluss, nach Säuberung, nach genauerer Trennung wäre durchaus politisch. Der Unterschied ist: Die Logik der Gleichheit soll bei dieser Forderung eingeschränkt werden und die Gemeinschaft hermetischer, exklusiver, stabiler gemacht werden. So ist es unerlässlich zu betonen, dass ein politisches Ereignis angestrebt wird, welches zu weniger Herrschaft und nicht zu mehr Herrschaft führt. Dies ist im Konkreten gar nicht so leicht zu bestimmen und steckt tief in den Widersprüchen der Gesellschaft. Wir finden, diese Art von politischem Moment kann demokratisch genannt werden, weil damit eine Logik der Gleichheit angedeutet wird. Natürlich könnten auch weitere Begriffe verwendet werden, aber wir meinen, dass es lohnenswert sein könnte eine andere Lesart von »demokratisch« zu etablieren, um die Legitimität der bestehenden staatlichen Ordnung, welche sich »Demokratie« nennt, anzugreifen.

Demokratie als das Politische unter dem Postulat der Egaliberté

Demokratie ist ein sehr schwammiger und weiter Begriff, es gibt keinen »wirklichen« Kern von Demokratie. Das ist zum einen schwierig, weil verschiedene Menschen sehr verschiedene Assoziationen mit »Demokratie« haben, aber andererseits ist er gerade deswegen ein lohnendes Interventionsfeld Es gibt keine »echte« oder »wahre« Demokratie, aber mit dem Begriff »Demokratie« ist auch mehr gemeint, als die zur Zeit bestehende Staatsform. Wenn wir nun einen politischen Moment, welcher zum Abbau von Herrschaft führt, demokratisch nennen, dann ist dies eine Entscheidung für eine Begrifflichkeit, welche keine notwendige Kausalität besitzt.

Es ist diskussionswürdig, in welcher Situation das Reden von »demokratischen Momenten« weiterbringend ist oder auch nicht. Wir meinen, dass die Verwendung des Begriffs aber taktisch sinnvoll sein kann, gerade um die angebliche Identität von Demokratie und Staat aufzubrechen. Wir sprechen daher auch von »demokratischen« Momenten, es gibt nicht DIE Demokratie, in der wir leben können. Demokratie ist kein Zustand, der zu erreichen ist und dann abgehakt werden kann.

Wie oben schon angedeutet, ist es notwendig das Politische weiter zu bestimmen, denn eine Bewegung gegen das

Bestehende ist nicht notwendigerweise eine für weniger Herrschaft. Das erfordert in der Praxis eine ständige Analysearbeit, es ist nicht damit getan einem Ereignis nachzuweisen, neue Machtverhältnisse zu produzieren. Wenn Diskriminierungen sanktioniert werden, wird auch eine bestimmte Art von Macht ausgeübt, was aber notwendig ist, um stärkere und verfestigte Herrschaftsverhältnisse angreifen zu können.

Aus der Annahme der Kontingenz der Verhältnisse folgt, dass es keinen absoluten Grund gibt, keine Begründung von Herrschaft, die nicht kontingent ist, nicht hinterfragt werden könnte. Im Verständnis von »Demokratie« steckt neben vielem weiteren sowohl die Grundlosigkeit von Herrschaft als auch die Gleichheit aller Menschen. Auch deswegen eignet sich der Begriff, um die Momente zu benennen, um die es in unserem politischen Handeln immer wieder geht. Ein solcher »demokratischer« Moment durchbricht das Bestehende und greift Herrschaft an. Politik ist das Zurechtfinden in den aktuellen Strukturen, um dort die eigenen Interessen an den richtigen Stellen einzubringen, sodass die Maschinerie der Macht einem hoffentlich das gewünschte Resultat liefert. Ein »demokratischer« Moment ist demgegenüber dann erreicht, wenn die Maschine der Macht als solche in Frage gestellt und transformiert wird. Dabei sollte die Perspektive sein, Herrschaftsverhältnisse an sich stetig zu problematisieren und zu schwächen. Es ist aber gefährlich davon auszugehen, Macht und Herrschaft durch ein paar brennende Barrikaden loswerden zu können. Ein »demokratischer« Moment ist somit nicht die umfassende Weltrevolution, nach der sich alle Menschen urplötzlich im Paradies wieder finden. Aber es ist ein Ereignis, in dem scheinbar feststehende Herrschaftsverhältnisse plötzlich nicht mehr auftauchen, in dem sich neue Möglichkeitsräume aufmachen und die Verhältnisse schlussendlich doch ein Stück paradiesischer geworden sind.

*aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.

Aufbau konstituierender Macht zur Vergesellschaftung und Demokratisierung aller Lebensbereiche

von Hanno (Interventionistische Linke)

Aufbau konstituierender Macht zur Vergesellschaftung und Demokratisierung aller Lebensbereiche

von Hanno (Interventionistische Linke)

Zum Jahreswechsel 2010/11 wurde eine neue Welle von Bewegungen angestoßen. Ausgehend von Tunesien breiteten sich Aufstände schnell in Nordafrika und dem arabischen Raum aus. Trotz der Unterschiede im jeweiligen Land wurde die Wiederaneignung öffentlichen Raumes zum gemeinsamen Symbol der Bewegungen. War das vorrangige Ziel des »arabischen Frühlings« Diktatoren und korrupte Machthaber zu vertreiben, ging es im Weiteren um soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Solidarität. Die Rebellionen gaben weltweit Inspirationen und lieferten den Anschub zu einem neuen Kampfzyklus.

Verhältnisse und Bedingungen der weltweit folgenden Proteste variierten stark. Dennoch lassen sich die neuen weltweiten Bewegungen als Demokratiebewegungen gemeinsam beschreiben.

Demokratie ist aufgrund des aktuellen Abwehrkampfes für erkämpfte soziale Rechte sowie der offensiven Einforderung »echter Demokratie« der neuen Bewegungen verstärkt zum Thema geworden. Ein positiver Bezug auf Demokratie stößt bei einigen Linken auf Ablehnung. Demokratie wird kritisiert als bürgerliche Herrschaftsform zur Absicherung der Macht der herrschenden Klassen. Dazu dient die Trennung von Politik und Ökonomie sowie der Reproduktion. Das ist historisch nicht ganz falsch und dennoch würde, blieben wir hier stehen, eben das historische Ringen um Demokratie und die Unterschiede zwischen demokratischen Systemen außer Acht gelassen. Eine Ideologiekritik DER

*aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.

Demokratie ist alleinig genauso unzureichend wie den Begriff des Kommunismus entgegenzusetzen.

Andererseits soll die parlamentarische Demokratie nicht affirmiert werden. Im Parlament wird weder Kommunismus noch Sozialismus geschaffen. Eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse kann aber eine Demokratisierung staatlicher Institutionen beziehungsweise deren Überwindung bewirken. Es wird Bedingungen geben, unter denen weniger oder unter denen verstärkt mit parlamentarischen Kräften zusammengearbeitet werden kann. Je nach dem, ob es eine gesellschaftliche Transformation begünstigt oder nicht. Wichtig ist in der Tat, dass ökonomische und soziale Verhältnisse dabei nicht ausgeklammert werden, eben um nicht in die Falle zu tappen, Demokratie auf eine politische Herrschaftsform zu reduzieren. Für »Echte Demokratie« wird die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der patriarchalen Arbeitsteilung und rassistischer Grenzziehungen unumgänglich sein.

»Wir sind keine Waren in den Händen von Bankern und Politikern!« (Slogan der 15M-Demonstrationen in Spanien am 15. Mai 2011)

In der aktuellen Krise zeigt sich einmal mehr, dass staatliche Eingriffe in die Ökonomie sehr wohl zum Repertoire der Demokratie gehören. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass Vergesellschaftung und Demokratisierung sowohl der Produktion wie auch der Reproduktion zum Gegenstand werden können.

In Europa schlägt die kapitalistische Krise voll durch. Die Hypothekenkrise wurde zu Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen, die diverse soziale Folgen in verschiedenen Bereichen nach sich ziehen und strukturelle Konflikte offenbar machen. Besonders betroffen in Europa sind periphere Staaten wie Spanien. Im Kontext von Erwerbslosigkeit, Wohnungsverlust, Perspektivlosigkeit sowie Kritik an mangelnder Repräsentanz und Teilhabe im existierenden politischen System bildete sich hier, inspiriert vom »arabischen Frühling,« die 15M-Bewegung.

Die engere Geschichte der 15M-Bewegung beginnt im Februar 2011, als ein kleiner Zusammenschluss von Personen eine Online-Kampagne unter dem Namen »Democrácia real ya – Echte Demokratie Jetzt! (DRY)« startete. Sie vernetzten sich hauptsächlich online in sozialen Netzwerken. Viele Personen und organisierte Gruppen, wie »Juventud sin Futuro« oder die Plattform der Hypothekenbetroffenen, steuerten Ideen bei und bildeten lokale Vorbereitungsgruppen für geplante Demonstrationen unter dem Motto »Wir sind keine Waren in den Händen von Politikern und Bankern.« Am 15. Mai 2011 demonstrierten in 70 Städten etwa 130.000 Personen.

Inspiriert vom »arabischen Frühling« entschlossen sich etwa 40 Personen, mit Zelten die Nacht auf dem zentralen Platz in Madrid, der Puerta del Sol, zu verbringen. Die Nachricht verbreitete sich schnell über soziale Netzwerke. Am nächsten Tag schlugen etwa 300 Personen ihre Zelte auf dem Platz auf, die am Abend des 16. Mai brutal von der Polizei geräumt wurden, was wiederum große Aufmerksamkeit und Solidarität auslöste. Am nächsten Abend waren es bereits Tausende, die in vielen Städten auf öffentlichen Plätzen campten. Die Bewegung »15M«, benannt nach dem Datum 15. Mai, war geboren.[1]

Zuvor schon waren die Städte zum Synonym für Rebellionen geworden: Tunis, Kairo. Zunächst stellte der Protest auf den Straßen und Plätzen eine lange nicht erfolgte Aneignung des öffentlichen Raums dar. Schnell wurden dann die Plätze selber zu Kulminationspunkten und Symbolen der Bewegungen. Nach dem Vorbild vor allem der Zeltstadt auf dem Tahrir-Platz in Kairo errichteten die Demonstrierenden auf den Plätzen Puerta del Sol in Madrid oder Plaza Cataluña in Barcelona Camps. Diese Adaption inspirierte wiederum Besetzungen der öffentlichen Plätze Syntagma, Zuccotti

1
vgl. Toret, Javier (2012): Una mirada tecnopolítica sobre los primeros días del 15M, http://informatbcn.wordpress.com/2012/03/24/una-mirada-tecnopolitica-sobre-los-primeros-dis-del-15-m-javier-toret.

Park, Gallusanlage, Rothschildpark, Taksim und viele mehr.

Die Platzbesetzungen stellten eindeutige Bezüge untereinander her, ob durch den Austausch von Informationen, Grußbotschaften oder die gemeinsamen Symbole der Zelte. Es brodelte, denn die vermeintliche Alternativ- und Perspektivlosigkeit schien überwindbar.

»Die Camps verwandelten sich in Zentren der Kooperation und in ein kollektives Territorium. Kommissionen und Arbeitsgruppen wurden geboren. Das Leben wurde wie in einer Mini-Stadt organisiert, wie eine Agora der Begegnung der Bewegung.«[2]

Hier begegneten sich die Protestierenden ganz unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft. Die Agora des Platzes stand dem politischen System gegenüber. Gegenüber den staatlichen Institutionen rief die Menge auf den Plätzen, bei Demonstrationen und Parlamentsblockaden: »No nos representan – Sie repräsentieren uns nicht.« Der Platz wurde zum Gemeingut – zum common. Dort konnte ein wirkliches Moment einer demokratischen Öffentlichkeit geschaffen werden, einer anderen Art von Vergesellschaftung. Die Selbstbestimmung und -organisation der Menge wurde der parlamentarischen Demokratie entgegengesetzt. Ein weiterer Slogan der Bewegung deutet auf ihre Kritik des formal-demokratischen Systems: »Lo llaman democrácia y no es – Sie nennen es Demokratie, aber das ist es nicht.«

Zusammensetzung und Kritik der versammelten Menge waren dabei durchaus repräsentativer für die Mehrheit der Gesellschaft und die beherrschten Klassen im Besonderen, als die im Parlament abgebildeten Klassen und Interessen.

Laut nationalem soziologischen Forschungszentrum haben zwischen 6,5 und 8 Millionen Personen auf die eine oder andere Weise an der Bewegung teilgenommen, davon zwischen 800.000 und 1,5 Millionen sehr intensiv.[3]

Eine bereits in 2011 erstellte Studie von Holmberg hat die zwei größten aus der Bewegung entstandenen Netzwerke untersucht: Das Netzwerk »Democrácia Real

2 vgl. Toret 2012, S. 24

aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.

Ya« (DRY – Echte Demokratie jetzt) und die Acampadas (Camps, Besetzungen, lokale Versammlungen). Nach der Studie hatten 90% der Acampada-Aktivist_innen und 78% von DRY einen Universitätsabschluss. Erwerbslose waren zu 40 % bei den Acampadas und 25% von DRY. Lohnabhängige machten 42% bei den Acampas und 50% bei DRY aus. Viele dieser Lohnarbeitenden hatten nur befristete Verträge und arbeiteten in prekärer Beschäftigung. Nur 12% bei den Acampadas und 25% von DRY gaben an, Studierende zu sein.

Insgesamt waren 58% männlich und 42% weiblich, während 12% einen Migrationshintergrund hatten. Die Altersstruktur bei den Acampadas war repräsentativer für die Bevölkerung als jene bei DRY, wo nur wenige über 40 Jahre alt waren und viele unter 25. Die meisten Aktiven der Acampadas waren zwischen 25 und 39 Jahre alt, aber auch einige Personen im Ruhestand übernahmen zentrale Rollen. 2011 waren bei den Acampadas 7.654 Personen kontinuierlich aktiv, aufgeteilt in 217 lokale Gruppen. Allein 2.009 engagierten sich in der Versammlung in Madrid. DRY ist mit 962 Mitgliedern in 104 lokalen Gruppen wesentlich kleiner.[4]

»Die Versammlungen artikulierten einen Diskurs der Wiederaneignung, der politischen Teilhabe durch die BürgerInnen und eine direkte Kritik des Repräsentationssystems der politischen Parteien. Ein weiterer Schwerpunkt war der Widerstand gegen die systematischen Plünderungen, die wir durch Banken und das Finanzsystem erleiden mussten. Wir erklärten: ›Die Krise ist ein Betrug.‹« [5]

Gleichzeitig ist den Aktivist_innen wichtig zu betonen, dass auch viele Vorschläge artikuliert wurden, wie etwa: Partizipative und direkte Demokratie, gesellschaftliche Kontrolle des Finanzsektors, neue Verwaltungen und soziale Dienstleistungen, Senkung des Militärhaushalts.[6] Die Ausrichtung der Camps und Demonstrationen war zu großen Teilen antikapitalistisch oder kapitalismuskritisch, wie etwa das große Graffiti auf einem zentralen Zelt auf der Puerta del Sol besagte: »La crisis es el capitalismo – Die Krise, das ist der Kapitalismus«.

Dabei kann schwierig allgemein gefasst werden, worum es den Personen im Einzelnen ging. Der Umgang mit internen Differenzen war offen. Es wurde versucht zu debattieren – auf den Plätzen, in Online-Foren, in Arbeitsgruppen und so weiter. Es wurde nicht angestrebt, alle vorhandenen Positionen zu vereinheitlichen, sondern vielmehr ein Umgang mit der Differenz innerhalb des Gemeinsamen gesucht. Das brachte der Bewegung häufig den Vorwurf ein, es würde keine klaren Forderungen geben oder es mangele an inhaltlicher Klarheit. Zunächst ist dazu zu sagen, dass es (wie oben beschrieben) sehr wohl Vorschläge gab, diese jedoch von den herrschenden Klassen ignoriert wurden oder schlicht nicht ohne umfassende Transformation umsetzbar waren. Zum Punkt der mangelnden inhaltlichen Klarheit und Bestimmung ist zu sagen, dass es vollkommen illusorisch wäre, dass eine derartig vielfältige Massenbewegung von vorne herein eine einheitliche Kritik formuliert, die den vermeintlich »linksten« Ansprüchen an Radikalität genügt. Das Potential liegt eben darin, dass Migrantenorganisationen, Erwerbslose, Wohnungslose, Feminst_innen, Gewerkschafter_innen, Squatter_innen, Perspektivlose und viele einfach Unzufriedene auf den Plätzen zusammenkamen, um ein gemeinsames Projekt zu bestimmen und anzugehen. Darunter fanden sich viele organisierte Linke. Sie hielten es allerdings für richtig, nicht identitär als solche aufzutreten, sondern

3
Vgl. Observatorio Metropolitano (2012): Crisis y revolución en Europa. People of Europe rise up! Traficantes de sueños, Madrid, S. 115.

4
Holmberg, Sara (2012): The Spanish revolution, Uppsala University.

5
Toret 2012, S. 20.

6
Vgl. ebd., S. 21.

sich möglichst vorurteilsfrei auf Basis der gemeinsamen Rebellion und Debatte zu nähern. Das ging so weit, das politische Links-Rechts-Spektrum nicht für sich zu akzeptieren. Diese vermeintliche Ideologiefreiheit ist zwar aus verschiedenen Gründen gefährlich. Dadurch werden aber Brücken offen gehalten. Unvereinbarkeiten können so in der Debatte und nicht durch negative Ausgrenzung bestimmt werden. Wer dabei bleibt, kann sich entwickeln. In diesen Spannungsverhältnissen agiert die Bewegung und versucht mit innovativen Debatten- und Entscheidungsverfahren Konsense herzustellen oder Differenzen handhaben zu können. Es herrscht eine Ablehnung klassischer Unterordnung der Differenz unter die Einheit vor. Auf Antworten von Organisationsversuchen der Bewegung werde ich später zurückkommen. Vorher möchte ich jedoch versuchen, der Idee dieses Projekts der Organisierung eines nicht vereinheitlichbaren politischen Subjekts, und was das mit Demokratie zu tun hat, auf die Schliche zu kommen.

Demokratie: konstituierende Macht der Multitude

In ihren Werken beschreiben die in der Tradition des Post-Operaismus stehenden Antonio Negri und Michael Hardt die ab den 1960er Jahren deutlich werdenden Übergänge vom fordistischen Produktionsregime zum Post-Fordismus. Im Fordismus waren industrielle Massenproduktion und als Repräsentanz der Industriearbeiter_innen Gewerkschaften und Parteien vorherrschend. Darin fanden aber Migrant_innen und Frauen von jeher kaum Repräsentanz.

Dazu kommt die im Post-Fordismus laut Hardt/Negri tendenziell hegemonial werdende immaterielle Arbeit. Hierbei handelt es sich durchaus um materielle Arbeit, deren Produkt aber immateriell ist, wie etwa Symbole, Affekte, Ideen, Bilder und Emotionen. Immaterielle Arbeit, besonders in seiner individualisierten neoliberalen Prägung, wird kaum von Gewerkschaften und Parteien repräsentiert. Diese entsprechen auch nicht den sozialen Kräften von prekären Erwerbsabhängigen, Migrant_innen und Erwerbslosen, die zum Massenphänomen geworden sind. Mit ihnen sind neue politische Subjekte herangewachsen, denen in veränderten post-fordistischen gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden muss. Unter der Hegemonie immaterieller Arbeit wird das gesamte Leben für das Kapital produktiv. Es sei nicht mehr unterscheidbar zwischen Freizeit und Arbeit. Hardt/Negri beschreiben dieses Verhältnis unter Bezug auf Foucault auch als »biopolitische Produktion.«

Immaterielle Arbeit in ihrem Stellenwert ernst zu nehmen, muss uns nicht dazu veranlassen sie überzubewerten. Materielle Produktion und Landwirtschaft überwiegen mengenmäßig nach wie vor. Dennoch ist die tendenzielle Hegemonie immaterieller Arbeit in den westlichen Zentren einleuchtend, auch wenn diese schwierig zu fassen ist. Wir müssen Hardts/Negris Theorien nicht vollständig folgen, um dennoch zuzugestehen, dass sie sehr dabei helfen, aktuelle Bewegungen zu verstehen und ihr Potential zu beschreiben. Zudem erlaubt diese Analyse in Bereichen wie Reproduktion und selbstständiger Prekarität eine gewisse Produktionsmacht auszumachen. Die Organisationsmacht der durch immaterielle Arbeit geformten Subjekte kann in der 15M-Bewegung beobachtet werden. Insbesondere das Konzept der Multitude kann zur kritisch-politischen Analyse heutiger Widerstandsbewegungen beitragen.

Multitude und commons

Was sich zwischen Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre in Gipfelprotesten und Sozialforen ausdrückte – das Begehren nach Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit, Antikapitalismus, radikaler Demokratie – ist heute wesentlich stärker in den Krisenprotesten auf den Plätzen zu beobachten: Eine Multitude aus ganz unterschiedlichen sozialen Hintergründen und Motivationen. Die Beteiligten lehnen dabei

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

den traditionellen Anspruch von Parteien, Gewerkschaften und Parlamenten ab, die darauf abzielen, mittels ihrer Institution repräsentativ zu sein. Die Multitude dagegen kann und will die neue soziale Kraft nicht repräsentieren.

Stavros Stavrides (2012) argumentiert in seinem Text über spanische und griechische Platzbewegungen, dass Gemeinschaften in Bewegung ihren eigenen Raum schaffen. Dieser gemeinsame Raum ist nicht öffentlich, in dem Sinne, dass er der Gemeinschaft nicht durch eine Autorität bereitgestellt wird. Er ist auch nicht privat in dem Sinne, dass er nicht exklusiv ist, Kontrolle und Gebrauch nicht begrenzt sind. Mit Bezug auf Hardt/Negri argumentiert Stavrides:

»communities create 'common space', – space used under conditions determined by the communities themselves and open to everyone. Also, the use, maintenance and creation of common space does not simply mirror the community. The community is formed, developed and reproduced through practices focused on common space. To generalize this principle: the community is developed through commoning, through acts and forms of organization oriented toward the production of the common.« [7]

Die Multitude definiert sich also über die Schaffung etwas Gemeinsamen, eines commons, wie es ein Platz oder eine Versammlung sein kann. Die Multitude ist eine Menge von nicht repräsentierbaren und nicht vereinheitlichbaren Singularitären, also von einzigartigen, unterschiedlichen, nicht reduzierbaren und sich stets erneuernden Menschen und Gruppen. Dabei stellt sie ein soziales Subjekt dar, welches durch die aktuellen Produktionsverhältnisse hervorgebracht wird und anfängt, sich in Beispielen wie der 15M-Bewegung zu manifestieren. Gleichzeitig stellt die Multitude ein nicht eingelöstes zu schaffendes politisches Projekt dar. Es soll weder vereinheitlichen, wie das Konstrukt des Volkes es beabsichtigt, noch soll die Menge einfach diffuse Vielheit oder Beliebigkeit bleiben. Die Multitude ist ein aktualisiertes Klassenkonzept. Sie kann ihr Potential durch Organisierung entfalten, indem sie integrierend, ohne Ausschlüsse und durch demokratische Entscheidungsfindung eine Gegenmacht aufbaut.

»Democratic decision making transforms the parallel struggles of identities into an insurrectional intersection, a revolutionary event that composes the singularities into a multitude«.[8]

Auf diese Weise kann sie die alten konstituierten Mächte stürzen und ihre demokratische konstituierende Macht entfalten. Die Multitude ist konstituierende Macht.[9] Nach Hardt/Negri ist ihr politisches Projekt die revolutionäre Transformation und der Aufbau von Kommunismus.

Konstituierende und konstituierte Macht

> »TO SPEAK of constituent power is to speak of democracy.« [10]

Konstituierende Macht verstehen wir als die kollektive Fähigkeit politischer Subjekte zur Schaffung immer wieder neuer sozialer, ökonomischer und kommunikativer Formen der Gegenmacht von unten, die das Potential haben, die konstituierte Macht so wie den Staat, politische und ökonomische Systeme umzuwälzen und neue Formen von Demokratie durchzusetzen. Sie liegt nach Hardt/Negri heute in der Hand der Multitude. Diese, so wird hier vorläufig argumentiert, ist in Ansätzen auf den Plätzen und in den Versammlungen in Erscheinung getreten und hätte somit die Fähigkeit, konstituierende Macht zu entfalten. Zusammenfassend kann also mit Hardt/Negri gesagt werden: Die Multitude ist konstituierende Macht und konstituierende Macht ist Demokratie.

Die konstituierenden Mächte stehen den konstituierten Mächten entgegen.

In verfassten Gesellschaften bilden staatliche Institutionen eine konstituierte

7
Stavrides, Stavros: Squares in movement, in: The South Atlantic Quarterly, Summer 2012, Duke University Press, S. 588.

8
Ebd., S. 349.

9
Vgl. Negri, Antonio/ Hardt, Michael (1997): Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne, Edition ID-Archiv, Berlin, S. 176.

10
Negri, Antonio (1999): Insurgencies: Constituent Power and the Modern State, University of Minnesota Press, Minneapolis, S. 1

Macht. Sie stützen sich auf eine Verfassung und Gesetze, das Parlament, sind Parteien und integrierte Gewerkschaften. Das Feld ist fest gerahmt. Verfassungen sind ihrerseits in formalen Demokratien mindestens dem formulierten Anspruch nach in Repräsentanz des Volkes entstanden. Sie begründen sich also auf der konstituierenden Macht der Bevölkerung. Dabei sind die verfassungsgebenden Prozesse in Europa von oben initiiert und durchgeführt. Vermeintliche Repräsentant_innen nehmen in Anspruch, im Namen der Bürger_innen zu handeln, und schreiben eine Gesellschaftsform fest. Nicht nur ist hier das Konzept der Bürger_innenschaft ausschließend und damit problematisch; in vielfältiger Weise werden Klassen-, Geschlechter- und andere Herrschaftsverhältnisse zementiert.

Der Widerspruch offenbart sich: Die konstituierte Macht hat ein Interesse, Veränderung zu verhindern, sofern sie gefährdet ist. Dem Veränderungspotential der konstituierenden Macht wird die konstituierte Macht nicht gerecht. In der konstituierenden Macht liegt die Fähigkeit zu Demokratisierung und zum Umsturz herrschender Verhältnisse – zu einem konstituierenden Prozess.

Konstituierender Prozess

Was ein konstituierender Prozess sein könnte, soll im Folgenden diskutiert werden. Zunächst werfen wir jedoch einen Blick auf den Fortgang der 15M-Bewegung, um am konkreten Beispiel diskutieren zu können.

Von den Plätzen in die Viertel – neue Organisierung

Nach drei Wochen auf den Plätzen stießen einige der auf den spanischen Plätzen Kampierenden die Diskussion an, die Bewegung auszubreiten und von den zentralen Versammlungen auf den Plätzen zu einem Vielfachen von Stadtteilversammlungen überzugehen. Lokale Versammlungen sollten es erleichtern, an der Bewegung teilzuhaben und sie damit zu verbreitern. Alltägliche Auseinandersetzungen in verschiedenen Bereichen des Lebens und die Ideen derjenigen, die sich bislang nicht beteiligten, sollten aufgenommen werden. Vor allem diejenigen, die bereits vor 15M politisch aktiv gewesen waren, trugen dazu bei. Ihre Absicht war, eine neue soziale Kraft zur Transformation der Gesellschaft aufzubauen – ein konstituierender Prozess in jeder Stadt und jedem Viertel.[10] Eine minoritäre Strömung aus weniger erfahrenen Aktivist_innen, Squatter_innen und Obdachlosen sah die Camps als Selbstzwecke an. Sie ignorierten den Beschluss, die Camps zugunsten von Nachbarschaftsversammlungen aufzulösen.

Seitdem hat sich einiges getan. Viele Menschen nehmen immer noch an den Stadtteilversammlungen teil – in Madrid waren es im September 2012 67 aktive Versammlungen.[11]

Allein in Madrid gibt es mittlerweile 16 aktive Gruppen der PAH, die sich gegen Zwangsräumungen, für soziale Mieten und Entschuldungen von Hypothekenkrediten engagieren.[13] Einige engagieren sich mittlerweile in konkreten Solidaritätsprojekten, beispielsweise in dem sie Zwangsräumungen verhindern oder leer stehende Wohnungen zum Bewohnen öffnen.

Bei so genannten »escraches« gehen Protestierende zum Wohnsitz etwa von korrupten Politiker_innen, um sie bloßzustellen und direkt anzuklagen für ihre unsoziale und misswirtschaftende Politik. Dies kann als destituierende Praxis – die alten Mächte angreifend – interpretiert werden. Gleichzeitig gibt es jedoch Prozesse weiterer Organisierung und des Aufbaus konstituierender Macht.

Zurzeit protestieren viele aus der Bewegung zusammen mit anderen Akteuren unterschiedlicher Sektoren in so genannten »mareas« (Wellen). Erwerbslose und Unterstützer_innen vernetzen und organisieren sich in der »marea roja« (rote Welle).[14] In der »marea blanca« (weißen Welle) geht es um ein öffentliches Gesundheits-

11 Vgl. Observatorio Metropolitano 2011, S. 119 f.

12 Madrid15M, No6, 09/2012.

13 Diagona, Óscar Chaves y Diego Sanz Paratcha, 6.8.2013: https://www.diagonalperiodico.net/global/frentes-abiertos-la-pah-trasno-del-gobierno-la-ilp.html

14 Siehe: http://mare-aroja9.wordpress.com/

*aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.

system. Hier kämpfen Gewerkschaften zusammen mit Angestelltenversammlungen und Gruppen von Nutzer_innen gegen Privatisierungen. Die entsprechende Zusammensetzung an Akteuren kämpft für eine Ausweitung sozialer Rechte und öffentliche Dienstleistungen in der »marea naranja« (orangene Welle).[15] Die »marea azul« (blaue Welle) kämpft um öffentliche Wasserversorgung.[16] Eine »marea verde« (grüne Welle) ist im Bildungssektor aktiv. Eine »marea negra« (schwarze Welle) kämpft an der Seite der Minenarbeiter_Innen. In einer »marea violeta« (violetten Welle) haben sich Feminist_innen zusammengeschlossen. Noch viele mehr vernetzen sich in der »marea ciudadana« (Welle der (Staats-)Bürger_innen).[17]

Migrant_innen organisieren sich eigenständig in der »marea magnolia.« Menschen ohne Papiere sind aber in allen mareas aktiv. Sie werden besonders durch Hilfe für die Beschaffung von Papieren, Jobs oder Gesundheitsversorgung unterstützt.

Die neueste Welle ist die granatfarbene der Emigrierten. Hunderttausende haben sich auf der Suche nach einem Job, einer Perspektive und einem besserem Lebensstandard ins Ausland begeben. Viele wollen, unter anderen Umständen, gerne zurückkehren und begleiten die Bewegung. In vielen Städten auf der Welt haben sich Emigrant_innengruppen zusammengeschlossen. Sie haben den Slogan geprägt: »No nos vamos, nos echan« (Wir gehen nicht, sie werfen uns raus).

Die »mareas« zeigen Organisierungsansätze, an denen ich drei wesentliche Punkte betonen möchte. Öffnung von Teilen der Gewerkschaft und die Beteiligung der Bewegung haben zu neuen offenen und partizipativen Formen geführt. In gewisser Weise werden Institutionen der Bewegung geschaffen, die Forderungen vertreten, aber gleichzeitig auch schon Ansätze für neue Vergesellschaftungsformen bilden. Zweitens ist beachtlich, wie viele Sektoren sich unter dem Dach der »mareas« vernetzen. Erfahrungen können ausgetauscht und gerade in und durch die Vielseitigkeit gemeinsame gesellschaftliche Ansprüche entwickelt werden. Drittens wird demokratische Teilhabe nicht über Staatsbürger_innenschaft und nationale Grenzen eingeschränkt. Ein spanischer Pass ist keine Bedingung, um an der Organisierung teilzuhaben und die internationale Dimension der Auseinandersetzung wird allein schon durch die Vernetzung der spanischen Bewegung und der Emigrant_innen mit anderen Bewegungen gegen die Krisenpolitik in der EU deutlich. »This protest movement could, and perhaps must, transform into a genuine, democratic constituent process«.[18]

An einem starken gesellschaftlichen linken Bündnis wird von Teilen der Bewegung mit Parteien und Gewerkschaften mittlerweile gearbeitet. Auf diversen Online-Plattformen werden Vorschläge für Gesetzesreformen bis hin zu einer neuen Verfassung entwickelt. Die Ansprüche der mobilisierten Bevölkerung an einen konstituierenden Prozess sind umfassend und nicht über die vorhandenen Repräsentationsorgane kanalisierbar.

Konstituierender Prozess?

Ein konstituierender Prozess hat im spanischen Staat besondere historische Hintergründe. Die »Transición« vom Franco-Faschismus zur monarchistischen Demokratie ließ die Macht der herrschenden Klassen, den Markt und Besitzverhältnisse unangetastet. Der Übergang zu Demokratie wird weithin als unvollständig angesehen. Die Verfassung von 1978 bietet kaum Mitbestimmungsmöglichkeiten. Und selbst diese werden missachtet. So hat Anfang 2013 die eine Initiative 1,5 Millionen Unterschriften, weit mehr als die geforderten 600.000, für eine Gesetzesinitiative gesammelt. Darin wurden ein Ende von Zwangsräumungen, soziale Mietbegrenzungen und eine Entschuldung im Fall der Pfändung einer Wohnung gefordert. Die konservative Parlamentsmehrheit hat diese Initiative vollständig ignoriert.

15
Siehe z.B.: http://mareanaranjaragon.wordpress.com/el-movimiento-naranja-en-otras-comunidades-autonomas/

16
Siehe z.B.: http://mareaazuldearagon.blogspot.com.es/

17
Siehe: http://mareaciudadana.blogspot.com.es/

18
Negri, Antonio/ Hardt, Michael (2011): The Fight for ‘Real Democracy‹ at the Heart of Occupy Wall Street. The Encampment in Lower Manhattan Speaks to a Failure of Representation, Foreign Affaires.

Vor diesem Hintergrund ist die weit verbreitete Forderung einer neuen Verfassung verständlich. Wie die Analysen der Ursachen der ökonomischen und politischen Krise gehen jedoch die Vorstellungen über einen konstituierenden Prozess auseinander. Linke und demokratische Radikale sehen einen Austausch der Eliten und eine Regulierung des Bankensystems sowie die Einführung von mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten als nicht ausreichend an – zumal in einer Situation, wo große Teile der Bevölkerung mobilisiert sind und potentiell einen radikalen gesellschaftlichen Wandel anstreben. So wird hier ein konstituierender Prozess verstanden: als zunehmende Emanzipation immer mehr Bevölkerungsteile und deren Organisierung, die zur umfassenden Transformation der Gesellschaft führt.

Dabei ist nicht eindeutig, wie solch ein konstituierender Prozess stattfinden kann, wohin er führt, wann er beginnt oder endet. So kann ein einfacher Verfassungsgebungsprozess oder der europäische Zusammenschluss als konstituierender Prozess betitelt werden. Darum geht es hier freilich nicht. Vielmehr ist ein Prozess gesellschaftlicher Neuformierung von unten gedacht. Dieser Prozess hat in den Stadtteilversammlungen, in den Diskussionsforen mit der Formulierung neuer Prinzipien und der Ablehnung alter staatlicher Strukturen gewissermaßen bereits begonnen. Die konstituierende Macht holt sich ihre Macht zurück und nutzt sie, um die neue Zusam-

*aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.

mensetzung der Gesellschaft unter neuen Kräfteverhältnissen in neue Strukturen zu übertragen. Eine Neuformulierung einer Verfassung kann Teil, aber in keinem Fall erschöpfend für einen konstituierenden Prozess sein. Teil kann eine Verfassung ohnehin nur dann sein, wenn sie wahrhaft unter demokratischen Verhältnissen, partizipativ und offen entsteht. Womöglich bedarf es aber allein um diese Vorraussetzungen zu schaffen eines revolutionären Bruchs, einer vorhergehenden radikalen Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Das schließt politische und ökonomische Mächte ein. Echte Demokratie geht eben nur ohne Kapitalismus. 15M könnte eine gesellschaftliche Kraft entwickeln, die realistisch eine gesellschaftliche Transformation per konstituierenden Prozess in Gang setzt. Dazu muss sie mit anderen gesellschaftlichen Kräften kooperieren. Konkrete Reformen und eine Verfassung werden hier von Teilen angestrebt.

Der Prozess ist jedoch in Wirklichkeit niemals abgeschlossen. Denn es geht ja genau darum, dass die konstituierende Macht ihre Macht behauptet und sich nicht von konstituierten Mächten enteignen lässt. Jede Generation kann sich eine neue Verfassung geben. Wichtiger ist jedoch, dass keine Institution konstituierter Macht unabhängig von der konstituierenden Macht wird, sondern stets reformiert, neubesetzt oder abgeschafft werden kann. Partizipation, Selbstverwaltung, Selbstbestimmung sind also Kernelemente.

Letztlich bedarf es einer Gleichzeitigkeit, wie sie von 15M auch praktiziert wird von einerseits Angriffen auf die alten politischen und kapitalistischen Klassen und andererseits dem Aufbau von Gegenmacht. Diese könnte beispielsweise eine neue Verfassung hervorbringen, die nicht in den bürgerlich-kapitalistischen Rahmen eingeschrieben werden kann.

Internationale konstituierende Macht zur Vergesellschaftung und Demokratisierung aller Lebensbereiche

Theoretische Konzepte von Multitude und konstituierender Macht helfen aktuelle Demokratiebewegungen zu verstehen. Dennoch bleiben viele Fragen offen. Tragen die Konzepte? Manifestiert sich in den neuen Demokratiebewegungen tatsächlich eine Multitude als konstituierende Macht mit den Potentialen, einen konstituierenden Prozess und damit Demokratie, gar Kommunismus einzuleiten? Sowohl theoretisch konzeptionell, als auch bei Zuschreibungen von Fähigkeiten einer Protestbewegung lohnt es sich kritisch zu bleiben. Aber die Beschreibung eines neuen politischen Subjekts bei Orientierung auf die vielfältigen Singularitäten bieten das Erkennen antikapitalistischer Widerstandspotentiale, die über traditionelle Arbeitskämpfe hinausgehen. Gerade hier wird die Einbeziehung von prekärer, dienstleistender und reproduktiver (zu großen Teilen weiblicher und migrantischer) Arbeit möglich. Auch identitätsbasierte Kämpfe gegen Herrschaftsstrukturen finden hier zusammen. Es geht um die Entwicklung des gemeinsamen, der commons und Vergesellschaftung, sowie um die Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Neben der Frage nach dem Subjekt ist die Form der Umbrüche ein Kern der Theorie. Sie ist radikal prozesshaft und demokratisch, ohne auszuschließen die Gewalt der Herrschenden gewaltsam zu beenden.

Der Theorie nach können vor allem Potentiale der Bewegungen beschrieben werden, ohne dass diese notwendig erreicht werden. Der relative Erfolg der Demokratiebewegungen, millionenfach Menschen zu ermutigen gemeinsam eine Perspektive in sozialer Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Solidarität zu suchen, ist bemerkenswert. Dennoch bleiben bisher politische und ökonomische Strukturen real weitestgehend bestehen. Gerade damit sich die Bewegungen nicht

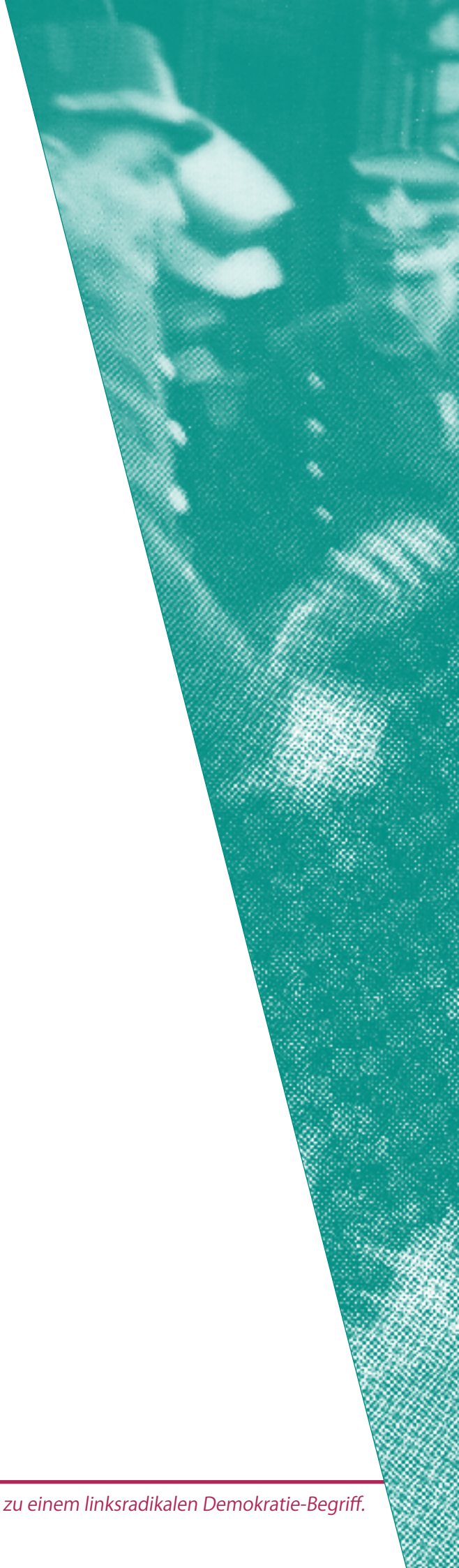
auf politisch-reformerische Forderungen reduzieren, sondern so etwas wie einen demokratisch-transformatorischen konstituierenden Prozess anstreben und dabei die Sphären von Produktion und Reproduktion einbeziehen, ist die Teilnahme von Linken wichtig.

Organisierte Linke können einige Erfahrung mit demokratischen Entscheidungs- und Organisierungsprozessen in Bewegungen einbringen. Sie müssen sich jedoch auch bereit zeigen, sich auf neue Formen und die Differenzen in einer wirklichen Bewegung einlassen. Die aktuellen Bewegungen bilden, wie die Multitude, zunächst nur Potentiale. Die Potentiale zu fördern und nicht nur vermeintliche Gefahren von außen zu kommentieren, wird die Fähigkeit der Linken unter Beweis stellen, Teil einer wirklichen Bewegung zu werden, welche alle Herrschaftsverhältnisse aufhebt.

Dass eine solche Bewegung international sein muss, ist unter Linken common sense. Wie und auf welcher Ebene heute aber konkret konstituierende Macht zu denken ist, bleibt umstritten. Die nächste höhere Instanz über dem Nationalstaat ist die Europäische Union. Hier sind jene unreformierbaren Institutionen angesiedelt, die das Krisenregime ausmachen und die Kämpfe durch gemeinsame Feindschaft zusammenbringen können. Wie könnte ein europäischer konstituierender Prozess initiiert werden, ohne die EU und Grenzen zu reproduzieren?

Das müssen wir gemeinsam herausfinden, in dem wir uns kennenlernen und über internationale Projekte übergeordnete gemeinsame Projekte finden. Eine internationale Organisierung ist eine schwere Aufgabe und doch führt kein Weg daran vorbei.

Das Projekt der Demokratie und des Kommunismus wurden noch niemals wirklich eingelöst. Das sollte nicht entmutigen, sondern motivieren.



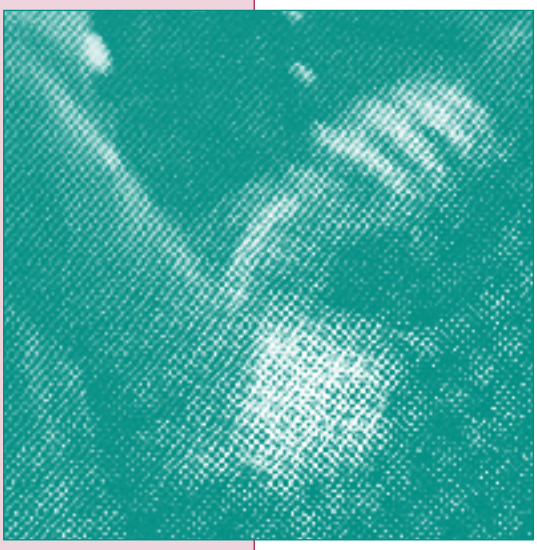
**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

Für eine rätesozialistische De-Konstruktion des Demokratie-Begriffs

von *Detlef Georgia Schulze (Ex-SIB)*
& Michael Schilwa (SIB)

Für eine rätesozialistische De-Konstruktion des Demokratie-Begriffs

von *Detlef Georgia Schulze (Ex-SIB) & Michael Schilwa (SIB)*



Die im Frühjahr 2011 in Spanien entstandene Protestbewegung »democracia real« inspirierte in der BRD Teile der sozialen Bewegungen mit einiger Verzögerung zur Forderung von »echter Demokratie«. So wollten Teile des Berliner Krisenbündnisses am Wochenende nach dem weltweiten Occupy-Aktionstag am 15.10.2011 unter der Parole »Echte Demokratie statt Kapitalismus« und einige sogar unter der Parole »Echte Demokratie statt Finanzmarkt-Diktatur« demonstrieren. Die Sozialistische Initiative Berlin (SIB), der damals beide AutorInnen angehörten (inzwischen gilt dies nur für M.S.) stimmte dagegen mit der Mehrheit des Krisenbündnisses für die Parole »Die Krise heißt Kapitalismus«. Für eine drei weitere Wochen später stattfindende Demo setzte sich dann doch noch die Parole »Echte Demokratie statt Kapitalismus« durch. Schließlich wurde Ende Januar 2012 die »Echte Demokratie« in dem Krisenbündnis-Aufruf für die antikapitalistische M 31-Demonstration am 31. März und die Blockupy-Aktionstage im Mai 2012 (jeweils in Frankfurt am Main) zwischen distanzierende Anführungszeichen gesetzt: »›Echte Demokratie‹ geht nur ohne Kapitalismus!«

La démocratie n‹ existe pas

Warum sind solche Feinheiten wichtig? Und warum sind wir so skeptisch gegenüber der Rede von »der Demokratie« – und zwar selbst und sogar *besonders* dann, wenn sie – scheinbar! – als »echte« spezifiziert wird?

Gemäß dem strömungspluralen Charakter unserer Gruppe – die Anfang 2011 gegründet wurde, um anderen Zusammenhängen der revolutionären Linken in der BRD die Bildung einer gemeinsamen, strömungsübergreifenden, antikapitalistischen Organisation vorzuschlagen (NaO-Prozess) – kommen dafür unterschiedlich Gründe zusammen: Die Gründe der einen

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

speisen sich eher aus de-konstruktivistischen Quellen, die der anderen eher aus der marxistischen These vom Klassencharakter des Staates und folglich der Demokratie.

Gemeinsam kommen wir zu der Schlussfolgerung, dass das, was Lacan – de-konstruktivistisch zurecht – über »die Frau« sagte, (und was nach de-konstruktivistischer Ansicht auch über alle anderen Kollektivsingular gesagt werden müsste) auch für »die Demokratie« gilt: sie »existiert nicht.« Und »echte Demokratie« existiert genauso wenig wie »wahrhafte Weiblichkeit.«

Damit ist auch schon angedeutet, dass die Verschiebung von kastilischer (›spanischer‹) »wirklicher« oder »realer« Demokratie zu deutscher »echter Demokratie«, die auf Kastilisch eher eine *democracia autentica* (eine authentische Demokratie) oder eine *democracia verdadera* (eine wahrhafte Demokratie) wäre, das Problem noch verschärft: »Real« und »wirklich« haben zwar genauso wie »echt« in diesen Formulierungen die Tendenz, Leerformeln zu sein. Aber erstere haben doch immerhin insofern einen materialistischen Zungenschlag, als sie auf die Wirk*sam*keit von Demokratie in der gesellschaftlichen Wirk*lich*keit abstellen, während »echt« eher eine ideale und ursprüngliche Maßstäblichkeit betont.

Wenn wir gefragt werden, »Seid Ihr für Demokratie?«, dann antworten wir also mit einer Gegenfrage: »Für welche Demokratie?« – Und wenn uns dann geantwortet wird, »Für die echte!«, dann antworten wir, dass »echt« eine Leerformel ist, die gerade *keine* Klarheit über die gemeinte Demokratie verschafft, sondern eine bloße Projektionsfläche für jeden und jede ist.

Mit Marx für die Hinwendung zur Wirklichkeit

Bei Marx gibt es keine ausformulierte Staats- und Demokratietheorie, sondern nur fragmentarische Äußerungen zu diesem Analyse- und Politikfeld. Allerdings gilt für »die« und auch für »die echte Demokratie« das Gleiche, was Karl Marx über die Gerechtigkeit sagte: »Was ist ›gerechte‹ Verteilung? Behaupten die Bourgeois nicht, dass die heutige Verteilung ›gerecht‹ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige ›gerechte‹ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über ›gerechte‹ Verteilung?«

Oder wie Marx und Engels an anderer Stelle schrieben: »Wo der Klassenkampf als unliebsame oder ›rohe‹ Erscheinung auf die Seite geschoben wird, da bleibt als Basis des Sozialismus nichts als ›wahre Menschenliebe‹ und leere Redensarten von ›Gerechtigkeit‹ .«

Theoretischer gesprochen: Die Rede von »der« oder gar »der echten Demokratie« ist also eine essentialistische (< Essenz = Wesen) und daher notwendigerweise ideali*sische* und im vorliegenden Fall auch ideali*sierende* Redeweise. Es wird nicht – analytisch – von der wirklichen (!) Demokratie, ihrem Funktionieren und ihren Effekte ausgegangen, sondern es wird ein ideales ›wahres Wesen‹ der Demokratie behauptet und versucht, daran die ›rohe Erscheinung‹ der Demokratie in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu blamieren. Dieser Kritikmodus war zwar noch der des jungen Marx, der als 24-Jähriger versuchte, den preußischen Staat dadurch zu blamieren, dass er ihm vorwarf, dem ›wahren Begriff‹ des Staates nicht zu entsprechen.

Nur drei Jahre später werden Marx und Engels sich der »Wirklichkeit«, der »materiellen Umgebung« zuwenden – und kurz darauf im *Kommunistischen Manifest* den wirklichen Staat nicht mehr an einem idealen Begriff des Staates messen, sondern den *wirklichen Staat* auf seinen *Begriff bringen*: »Die moderne Staatsgewalt ist nur

ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet.« (Dass dieser Begriff des damaligen Staates der heutigen Breite ideologischer und integrativer Staatstätigkeiten nicht mehr adäquat ist, und dass dieser Begriff des damaligen Staates ›übersah‹ , dass der Staat nicht nur Klassenstaat, sondern auch Geschlechterstaat und [nach Auffassung einiger von uns] Rassenstaat ist, ist wahr, spricht aber *nicht gegen* die, sondern *unterstreicht die Notwendigkeit* einer analytischen Hinwendung zur jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit.)

Hegemonie und Konsens = Ende des Klassencharakters der Demokratie?

Während im 19. Jahrhundert (anhand der Handlungen des Staates und anhand des Wahlrechts in vielen Staaten) vergleichsweise leicht zu erkennen war, dass der bürgerliche Staat nicht »neutral« war, war dies im 20. Jahrhundert – angesichts allgemeinem Wahlrechts sowie sozialstaatlicher, kultureller und ideologische Integration – jedenfalls für die durch Tarifverträge und Sozialversicherungen geschützten, vorwiegend männlichen und weißen Teile der Lohnabhängigen nicht mehr so einfach. Und im 21. Jahrhundert hat die tendenzielle Ersetzung von Sozialstaat durch SelbstunternehmerInnentum, BürgerInnenarbeit etc. daran nicht viel geändert.

In den imperialistischen Zentren sichert sich Herrschaft nicht nur und nicht einmal in erster Linie durch Repression (»die Minister kommen und gehen, die Polizei bleibt«), sondern auch durch die permanente Reproduktion von Massenloyalität. Dennoch ist es weiterhin notwendig, aber eben nicht mehr ausreichend, aus einer marxistischen Sprechposition den Klassencharakter von Demokratie zu betonen oder aus einer de-konstruktivistischen Sprechposition die »Entzauberung« des Demokratie-Begriffs voranzutreiben.

An der – auch nicht mehr wirklich neuen – Aufgabe, nicht nur den Klassencharakter des Staates zu betonen, sondern auch die *Formen der Konsensproduktion* zu analysieren, haben so unterschiedliche TheoretikerInnen wie Antonio Gramsci, Louis Althusser, Nicos Poulantzas, Michel Foucault und Judith Butler gearbeitet. Deren Untersuchungen laufen aber nicht auf die These hinaus, der demokratische Staat sei ein prinzipiell neutrales Instrument der Gesellschaftsgestaltung.

Der Staat ist vielmehr *auch* »materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen« (Poulantzas), eine »Arena« sozialer Kämpfe, in der miteinander rivalisierende politische und gesellschaftliche Kräfte ihre Interessen durchzusetzen versuchen (die diesbezüglichen aktuellen Stichworte liegen auf der Hand: »Bankenrettung«, aber keine »Schlecker-Rettung«/»Abwrackprämie«für Alt-Autos, aber nicht für Alt-Kühlschränke/Festhalten am Euro oder zurück zur D-Mark?). Der Ausgang dieser Kämpfe ist zwar offen, aber durch die spezifische Struktur, durch den spezifischen Typus kapitalistisch-patriarchaler Demokratie, zugunsten der herrschenden gesellschaftlichen Gruppen ›verzerrt‹.

Aber warum gibt es überhaupt einen Unterschied zwischen gesellschaftlich Herrschenden und staatlich Regierenden und daher eine »relative Autonomie« (Althusser) der staatlichen »Arena«? Diese Frage warf der unter Stalin ermordete frühsowjetische Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis auf: »Warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparates der öffentlichen Macht an?«

Friedrich Engels gab auf diese Frage, noch bevor sie gestellt worden war, folgende Antwort: »Der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrech-

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

tzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat ... ist ... der ideelle Gesamtkapitalist.«

Die staatliche Einführung einer Höchstarbeitszeit etwa verstößt zwar gegen die Interessen der EinzelkapitalistInnen nach maximaler Ausbeutung, liegt aber gleichwohl im Gesamtinteresse der KapitalistInnenklasse, da die Konkurrenz der Unternehmen ansonsten deren eigenen Grundlagen (hier: halbwegs gesunde und also leistungsfähige Arbeitskräfte) zerstören würde.

Es ist aber zu simpel, sich den bürgerlichen Staat als ideellen Gesamtkapitalisten in der Weise vorzustellen, wie dies die VertreterInnen der StamoKap-Theorie machen – nämlich als Spiegel des Selbstbildes der ›real‹ sozialistischen Zentralkomitees. Der »Gesamtkapitalist« ist weder ein homogenes noch ein allwissendes Subjekt, das zur umfassenden ›Steuerung‹ (so die technokratische Utopie) oder ›Manipulation‹ (so die immanent bleibende Anti-Kritik der Frankfurter Schule an dieser technokratischen Utopie) der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Lage wäre.

Daher ist es richtig und notwendig, den Zusammenhang von Warenform und Rechtsform und die Ausgestaltung der Hegemonie- und teilweise Konsensproduktion zu untersuchen – also nicht nur die Kategorien der Basis (Ware, Wert, Geld etc.), sondern auch die des Überbaus (etwa der Form des Staates). – Aber auch auf richtige Fragen gibt es falsche Antworten.

Eine solche falsche Antwort gibt unseres Erachtens beispielsweise das Institut Solidarische Moderne (ISM), in dem seit Anfang 2010 Mitglieder der Interventionistischen Linken (IL), wie Thomas Seibert, und PolitikerInnen von Linkspartei, SPD und Grünen an einer »Mosaik-Linken« basteln: »Gegenwärtig sehen wir uns mit einer gefährlichen Lähmung der politischen ›Eliten‹ konfrontiert, die im besten Fall ein Umsteuern verzögert, im schlimmsten Fall aber zu Legitimationsproblemen der Demokratie führen kann.« – »Legitimationsprobleme« nicht als Chance, sondern als Gefahr – dies zeigt deutlich, was wir unter der pauschalen Rede von »*der* Demokratie« und der Rede von »echter Demokratie«, die auch vom ISM in Anspruch genommen wird, zu verstehen haben: »unter der gemeinsamen Losung ›real democracy‹ [artikulieren die Menschen] ihr Recht auf Mitwirkung und ihren Anspruch auf Mitsprache an der konfliktiven Ausgestaltung ihrer gesellschaftlichen Einrichtungen und ihrer alltäglichen Lebensverhältnisse.«

Die »konfliktive Ausgestaltung« der gesellschaftlichen Verhältnisse hat im heutigen Staat aber immer schon einen *bias,* eine Schieflage, zugunsten des *status quo.* Das ISM sieht darin einen bloßen Betriebsunfall der Demokratie, der sich vermeiden ließe, wenn die »Eliten« weniger ›gelähmt‹, sondern aufgeklärter wären – oder in den Worten Karl Kautskys, des alt-sozialdemokratischen ›Erfinders‹ der »reinen Demokratie«: »Der demokratische Staat unterscheidet sich dadurch von den früheren Arten von Staaten, dass diese Ausnutzung für die Zwecke ausbeutender Klassen nicht zu seinem Wesen gehört, nicht untrennbar mit ihm verknüpft ist.«

Die kommende Demokratie ist nicht die echte

Eine vermeintlich »echte Demokratie« der wirklichen Demokratie – das heißt der Demokratie, wie sie heute leibt und lebt – entgegenzusetzen, ist aber nicht nur dem materialistischen Modus der Kritik, den Karl Marx ab 1845 und seine NachfolgerInnen praktizierten und der in die These vom Klassencharakter des Staates mündete, unangemessen. Eine solche Entgegensetzung von Ideal und Wirklichkeit ist auch der Genealogie Foucaults und der De-Konstruktion Derridas unangemessen, die sich beide mit diskursiven und außer-diskursiven Phänomenen *nicht* in deren vermeintlich *metaphysischen* und vermeintlich *ewigen Gegebenheiten* befassen, sondern deren *(hergestellt) Werden*

in konkreten diskursiven und außer-diskursiven Konstellationen analysieren und damit auch die Veränderbarkeit und Überwindbarkeit dieser Phänomene aufzeigen. Statt eine »echte Demokratie« zu postulieren, müsste also jeweils konkret untersucht werden, was »Demokratie« beispielsweise in der Antike *war* und beispielsweise heute *ist* und was »Demokratie« unter anderen gesellschaftlichen Verhältnis sein *könnte* – ohne zu behaupten, dass all diese Demokratien (Plural) bloße Erscheinungen eines gemeinsamen Wesens von Demokratie seien. Es muss also nach der »Geschichtlichkeit« auch »der Demokratie«, nach den »historischen Transformationen der Demokratie« gefragt werden, wie Derrida ausdrücklich sagt.

Daraus folgt auch (ohne dass wir uns unsererseits voll – und einige auch nur: überhaupt – auf den Boden der Politischen Philosophie Derridas stellen wollen), dass die »echte Demokratie« *nicht* Derridas *démocratie à venir* (Derridas »Demokratie im Kommen«) ist. Denn »im Kommen« ist die Demokratie laut Derrida, weil »es ... kein absolutes ... Modell, keine absolut erkennbare Idee, keinen *eidos* ... der Demokratie« gibt – weil die »echte Demokratie« also nicht existiert!

Vom Lob der »echten« zur Analyse der wirklichen Demokratie

Die moderne Demokratie entstand als – stets prekäre – Erweiterung dessen, was die juristischen Minimalbedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse sind: Überwindung der zivilrechtlichen juristischen Ungleichheit und Unfreiheit der Personen als Minimalbedingungen für freien und gleichen Warentausch. Diese Erweiterung nahm vor allem drei Formen an:

1. Eingriffe in Freiheit (und Eigentum) sind nicht mehr *qua* Geburt an die Person/eine bestimmte ständische Herkunft gebunden, sondern erfolgen durch oder aufgrund Gesetz(es).

2. Diese Gesetze und insbesondere das Haushaltsgesetz werden von einer Vertretung derjenigen beschlossen, die zum jeweiligen Zeitpunkt als Bürger und gegebenenfalls Bürgerinnen anerkannt sind. Dies war lange Zeit an Vermögen beziehungsweise Steuerzahlung gekoppelt.

3. Auch die Regierung wird von dieser Vertretung oder einE PräsidentIn wird von diesen BürgerInnen gewählt.

Aber auch dann, wenn die zivilrechtliche Freiheit und Gleichheit um ein freies, gleiches und geheimes Wahlrecht ergänzt wird, bleibt diese Demokratie (wie jede Demokratie) eine Klassendemokratie. Klassendemokratie ist die bürgerliche Demokratie nicht etwa, weil ihr ›Personal‹ in erster Linie aus Bourgeois bestehen würde; auch nicht deshalb, weil ihr Personal ab und an bestochen wird oder wegen dunkler Machenschaften von LobbyistInnen. – Der bürgerlich-demokratische Staat ist kein prinzipiell neutrales Instrument der Gesellschaftsgestaltung, welches von der Bourgeoisie bloß für ihre partikularen Interessen ›missbraucht‹ wird.

Vielmehr wirkt auch hier der von Marx in anderem Kontext untersuchte »stumme Zwang der Verhältnisse:«

- Eine Regierung benötigt für die Finanzierung ihrer Ausgaben und die Zustimmung der WählerInnen eine prosperierende Ökonomie.
- Juristische Freiheit und Gleichheit stehen nicht etwa in Widerspruch zur kapitalistischen Produktionsweise, sondern sind gerade ihr juristischer Reproduktionsmodus.
- Eine Regierung beziehungsweise eine Parlamentsmehrheit, die die Ungleichheit der Verteilung der Produktionsmittel, den daraus resultierenden Zwang für die große Mehrheit zum Verkauf ihrer Arbeitskraft überwinden wollen würde, müsste also zunächst einmal massiv in Freiheit und Eigentum von einigen BürgerInnen eingreifen.
- ›Abstrakt‹ mag denkbar sein, dass entsprechende Gesetzentwürfe in das Parlament eingebracht, beraten und schließlich verabschiedet werden sowie eine verfas-

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

sungsgerichtliche Überprüfung überstehen. In der Wirklichkeit lösen derartige Schritte schnell Investitionsstreik, Kapitalflucht und Legitimationsverlust der entsprechenden Regierung/Parlamentsmehrheit aus.

- Ein Übriges tun privatkapitalistische Medienmacht, die erst *in Folge* derartiger Maßnahmen gebrochen werden könnte, und die Mechanismen der Parteienfinanzierung.

Schließlich liegt eine definitive – wenn auch nicht unbedingt klassenspezifische – Grenze der bürgerlichen Demokratie in der relativen Verselbständigung von Verwaltung und Regierung als bürokratischem Apparat.

»Demokratie« als Schönwetter-Veranstaltung

Es ist kein Zufall, dass die ArbeiterInnenbewegung mit an der Spitze des Kampfes für demokratische Freiheiten im 19. und 20. Jahrhundert stand. Die Verteidigung dieser mühsam erkämpften Rechte ist gleichbedeutend mit der Verteidigung der eigenen Kampfbedingungen.

»Merkel« oder »Pinochet« – beides ist kapitalistische Herrschaft. Und doch ist es ein Unterschied auf Leben und Tod (im politischen und oft auch physischen Sinn), ob wir in einer parlamentarischen Demokratie oder in einem Polizeistaat leben, arbeiten, kämpfen müssen.

All dies verleitet uns aber *nicht* dazu, den demokratischen gegen den undemokratischen Kapitalismus, den »demokratischen« fordistischen gegen den »post-demokratischen« neoliberalen Kapitalismus zu verteidigen. Wir verteidigen also nicht das Ideal »der« Demokratie, sondern konkrete demokratische Rechte und (Handlungs)möglichkeiten, die »Zellen proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Demokratie« (Trotzki).

Für welche Demokratie sind wir – übergangsweise? Oder: Was ist Rätedemokratie?

Sind wir also wirklich demokratieskeptisch, wenn wir die Rede von »der Demokratie« und von »echter Demokratie« ablehnen? Oder für *welche* Demokratie sind *wir*?

Wir halten es diesbezüglich dann doch lieber mit Lenin als mit Derrida: Wir sind übergangsweise (bis zur Überwindung jeder Herrschaft, also auch demokratischer Herrschaft) für »Rätedemokratie« oder auch »sozialistische Demokratie«, aber nicht für »demokratischen Sozialismus« à la SPD und Linkspartei.

Aber sozialistische Demokratie ist *kein* besonderer Anwendungsfall »der Demokratie« im Allgemeinen. Vielmehr ist »sozialistische Demokratie«, wie Lenin sagt, ein *bestimmter Typ*, eine *bestimmte Form* von Demokratie, der die »Teilnahme der gigantischen Mehrheit des Volkes« an der Politik verwirklicht und der im Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus abstirbt:

Bürgerliche Demokratie	Rätedemokratie
freies Mandat und in der Regel keine Abwählbarkeit während der Wahlperiode	imperatives Mandat und Abwählbarkeit während der Wahlperiode
staatszentriert (enger Begriff von »Politik«)	Staatlich und gesellschaftlich (weiter Begriff von »Politik«, einschließlich Ökonomie, Geschlechterverhältnisse etc.)
Bürokratische Verselbständigung der Exekutive	Räte als »arbeitende Körperschaften«

1
DGS legt darüber hinaus Wert auf die Feststellung, daß allerdings auch ein sozialistischer Übergangsstaat – wie jeder andere Staat – in die Verlegenheit kommen kann, einen Ausnahmezustand ausrufen und von den üblichen Regeln abweichen zu müssen. Die Lehre aus dem Stalinismus sollte nicht sein, die Möglichkeit einer solchen Zwangslage zu verdrängen, sondern sich reflektiert auf sie, die in ihr liegenden Gefahren und die Möglichkeiten zu deren Minimierung vorzubereiten.

Politische Freiheitsrechte in der sozialistischen Demokratie

Die Parole von der »echten Demokratie« und inhaltliche Substantialisierungen von Demokratie zu kritisieren, heißt auch einen zweischneidigen Sprachgebrauch zu korrigieren, der die politischen Freiheitsrecht als ›bloß formal‹ denunziert und soziale Rechte als vermeintlich einzig ›materiell‹ beziehungsweise ›real‹ ansieht. Wir sind dagegen – nicht nur angesichts der desaströsen Erfahrung des Stalinismus – der Überzeugung, dass Freiheits- und Verfahrensrechte in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft ausgebaut werden sollten, und in Übereinstimmung mit Avanti der Ansicht, dass »politische[r] Pluralismus und ... [das] Recht auf eine legale Opposition auch in der sozialistischen Gesellschaft« bestehen sollten, was »die Möglichkeit mit ein[schließt], dass eines Tages die Mehrheit der Bevölkerung beschließen könnte, den Sozialismus wieder abzuschaffen.« (Grundsatzpapier, S. 62).

In dem Sozialismus, den wir wollen, wird es keine »runden Tische« mit konterrevolutionären Bombenlegern geben, aber soll jedeR unabhängig von ihrer/seiner Klassen- oder Parteizugehörigkeit frei sagen können, dass sie/er den Sozialismus wieder abschaffen will – auch Friede Springer, nur wird sie dabei auf ihre vergesellschafteten Druckmaschinen verzichten müssen.[1]

»Demokratie« außerhalb des Staates

Bleibt die Frage: Was machen wir mit Ausdrücken wie »innerorganisatorische Demokratie«, »demokratische Entscheidungsverfahren« und Ähnlichem? Pragmatisch, wie wir manchmal sind, neigen wir dazu, der Einfachheit halber in diesen Kontexten weiterhin von »Demokratie« und »demokratisch« zu sprechen, aber in Wirklichkeit geht es in diesen Fällen nicht um Herrschaft (auch nicht um: Herrschaft der Mehrheit), sondern um Verfahren der kollektiven Selbstbestimmung (in denen der jeweiligen Minderheit immer die Wahl bleiben muss, sich der Mehrheitsentscheidung anzuschließen, oder aber – gegebenenfalls mit der Konsequenz einer Spaltung des jeweiligen Kollektivs – eben dies *nicht* zu tun).

Wir halten allerdings nichts davon, diese Verfahren der kollektiven Selbstbestimmung »Basisdemokratie« zu nennen, soweit damit eine Präferenz für Vollversammlungs- und Urabstimmungs-Entscheidungen von Leuten, die nicht in kontinuierliche Diskussionsprozesse eingebunden sind, gemeint ist. »Basisdemokratische« Entscheidungsfindungsprozesse sind oft intransparent und informell, während wir der Ansicht sind, dass klare Zuständigkeiten eine Voraussetzung für die Kontrollierbarkeit des politischen Agierens von DelegiertInnen sind. Und wir sind überzeugt, dass in politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, die größer als autonome Kleingruppen sind, nicht alle alles gemeinsam machen können.

Eine Langfassung dieses Artikels mit Fußnoten und Literaturangaben kann per Mail bei uns angefordert werden: DGSch@zedat.FU-Berlin.de und michaelschilwa@web.de.

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

Ist es sinnvoll für eine radikale Linke, sich positiv auf Demokratie zu beziehen?

Eine Küchentischdiskussion innerhalb der Gruppe *...nevergoinghome.*

Ist es sinnvoll für eine radikale Linke, sich positiv auf Demokratie zu beziehen?

Eine Küchentischdiskussion[1] innerhalb der Gruppe *...nevergoinghome.*

Marlene: Vielleicht ist es sinnvoll, direkt mit der Frage von *aze anzufangen. Also, können wir den Begriff « Demokratie« praktisch nutzen? Ergibt das Sinn für eine radikale emanzipatorische Praxis?

Charlotte: Praktisch wird der Demokratiebegriff ja schon benutzt.

Robyn: In emanzipatorischer Absicht, meinst du?

C: Da wäre ich mir nicht so sicher.

R: Zumindest ist das doch zum Teil die Sicht von *aze, oder? Beispielsweise wird bei »democracia real« der Begriff positiv konnotiert verwendet.

C: In der Gesellschaft, in der wir gerade leben, ist der Begriff aber auch positiv konnotiert.

Luca: Ich würde die Frage stellen, ob es stimmt, dass im Begriff der Demokratie ein utopischer Überschuss enthalten ist, den man fruchtbar machen kann. Ob der Begriff also einen normativen Gehalt hat, der anschlussfähig ist für linksradikale Diskurse.

M: *aze bezieht sich auf den französischen Theoriestrang.[2] Was dabei aber fehlt, ist eine Analyse, was der Begriff Demokratie heute eigentlich bezeichnet. Und das nicht nur bei sozialen Bewegungen, die in den letzten Jahren aufgetaucht sind, sondern auch von Staats wegen und

1 Dieser Text ist eine stark nachbearbeitete Protokollierung einer Küchentischdiskussion.

2 Genaueres zu den französischen Theorien kann man im Text von *aze in diesem Band nachlesen.

im kapitalistischen Sinne. Wenn man ganz platt materialistisch argumentiert, braucht der Staat Demokratie, um nicht unmittelbar gewaltvoll zu sein. Bloße Gewalt wäre gar nicht effektiv genug und stünde im Widerspruch zum Warentausch der Freien und Gleichen[3] - das hat unmittelbar etwas mit Demokratie zu tun und stützt systematisch die Verhältnisse, wie wir sie gerade vorfinden. Was also fehlt, ist eine materialistische Rückkopplung. Lediglich auf den utopischen Überschuss abzuheben, d. h. »das Andere« oder die »Anteilslosen« irgendwie reinkommen lassen, bringt es nicht. Man muss fragen, wie das Herrschaftsverhältnis hier strukturiert ist.

R: Ich habe diesen Zusammenhang zwischen Demokratie und Kapitalismus, der oft und jetzt von dir angeführt wird, nie vollständig verstanden. Einerseits heißt es, dass mittels demokratischer Institutionen Widersprüche besser prozessierbar und Interessen ausgeglichen werden. Aber andererseits gab und gibt es doch auch »gut« funktionierende autoritäre Staatsgebilde, die kapitalistisch wirtschaften, in denen das demokratische »Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit« jedoch keinen relevanten gesellschaftlichen Bezugspunkt darstellt. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden aber trotzdem glatt gebügelt.

C: Ich frage mich sowieso, was dieser utopische Überschuss sein soll. War der irgendwo empirisch erfahrbar? Da wird es doch erst interessant, ob man den Begriff nutzen kann.

L: Demokratie war für die Klassiker des politischen Denkens immer ein Schreckgespenst, man verstand darunter die Herrschaft der vielen Armen über die wenigen Reichen, den Skandal, dass auf einmal kein angeborener oder besonders erworbener Anspruch auf Herrschaft besteht, sondern prinzipiell alle herrschen können.

M: Wenn man Geschlechterverhältnisse aus dieser Betrachtung rauslässt...

L: Ja, männliche Herrschaft ging aller anderen Herrschaftsbegründung voraus und wurde nicht infrage gestellt, bzw. es wurde denen nicht zugehört, die dies taten.

Noch bis zur amerikanischen und französischen Revolution hat man gesagt, Demokratie gehe zu weit, weil man darunter die unmittelbare Mitbestimmung aller verstand, also letztlich die Herrschaft des Pöbels, direkte Demokratie. Repräsentative Demokratie klang wie ein Widerspruch in sich.

Der legitimatorische Trick im Begriff »repräsentative Demokratie«, der sich im Zuge der nordamerikanischen Revolution herausbildete und einen Kompromiss zwischen liberalen Ideen (Verfassung, Rechtstaat, Gewaltenteilung) und demokratischen Ideen (Partizipation an politischen Entscheidungen) darstellte, besteht in dem Versuch, ein Herrschaftssystem zu installieren, dass sich auf der Basis von Freiheit und Gleichheit und ohne dauerhaften Herrschaftsanspruch bestimmter Personen legitimiert – das demokratische Prinzip - und gleichzeitig das aristokratische Prinzip durchsetzt -– also dass wenige herrschen, die in irgendeiner Weise dazu als besonders befähigt gelten. Bei uns sind das eben professionelle Politiker_innen. Zugang zu dieser Profession ist dabei eine informelle Klassenhürde. Damit hält man die Massen raus, die man für unfähig hält, sich selbst zu regieren. Wir haben es hier also damit zu tun, dass der Begriff der Demokratie seiner egalitären Bedeutung teilweise beraubt wurde. Ich meine aber, diese Bedeutung schwingt noch immer mit, wenn von Demokratie die Rede ist. Und genau darin besteht das Moment, an das man andocken kann.

M: Das Elitenproblem, das du da ansprichst, ist aber doch auch ein Problem der Linken. Also dass man von einer Masse ausgeht, die potentiell bedrohlich

3 Ausführlicher lässt sich das zum Beispiel in Eugen Paschukanis‹ »Allgemeine Rechtslehre und Marxismus« nachlesen.

ist, die man aber auch überzeugen will – mit dem tollen Akademiker_innenwissen. Was ich wirklich problematisch finde, an dem was du sagst, ist, dass du mit deinem Demokratiebegriff, an den du andocken willst, Herrschaft nicht schlechthin ablehnst. Es wird nur eine andere Form oder Gruppe eingesetzt. Es ist aber nicht das Regiertwerden als solches in Frage gestellt. Wie weit her ist es also mit diesem utopischen Moment?

R: Mag ja sein, dass Demokratie bei den ideengeschichtlichen Klassikern ein »Schreckgespenst« war. Aber wenn Leute jetzt an Demokratie denken, denken sie m. E. nicht an dieses Schreckgespenst. Die Befürworter der aktuellen Gesellschaftsordnung beziehen sich auf Demokratie und ebenso viele, die über diese (vermeintlicherweise) hinausweisen sollen. In eine solche Richtung zeigt ja das Konzept des »demokratischen Sozialismus«, welches u. a. wohl in bewusster Abgrenzung zu einem eng mit Stalinismus verknüpften Kommunismus verstanden wird.[4] Vielleicht steckt dahinter aber nur der alte sozialdemokratische Reformismus. Die SPD hat das meines Wissens nur pro forma in ihrem Parteiprogramm stehen, die Linkspartei jedoch deutet es weiter nach links aus. Ich finde es auf der einen Seite spannend, sich das ideengeschichtlich anzuschauen: Wie wandelt sich der Begriff? Welche Funktion erfüllt er? Wer wird einbezogen und hat man Angst davor, dass der »Pöbel« an die Macht kommt?

Aber mir ist das total neu, was du gesagt hast, dass es als so wichtige ideologische Denkfigur fungiert hat. Natürlich gibt es auch in unserer Gesellschaft unter dem Label Elite ausgesprochene Rufe nach den starken Männern, die die ungehörige und als dumm qualifizierte Masse kontrollieren und lenken sollen. Der sich so artikulierte Schrecken des Bürgertums vor den sozial Abgehängten und Exkludierten ist jedoch nicht zu verwechseln mit der aus antideutscher Perspektive vorgetragenen Angst vor der Formierung des rassistischen und antisemitischen Mobs, der, Rostock-Lichtenhagen und die faktische Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl haben es gezeigt, oft im Einklang mit den gesellschaftlichen Eliten agiert.

L: Aber könnte vielleicht zwischen diesen beiden Sorgen nicht doch eine, wenn auch entferntere Verwandtschaftsbeziehung bestehen - in bestimmten antideutschen Theoriefragmenten also nicht auch ein elitäres Moment aufscheinen?

R: Mhh, ggfs. ja. Aber worauf ich eigentlich hinauswollte, war zu betonen, dass es in den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen keine Rolle spielt, dass Demokratie einmal dergestalt negativ konnotiert war. Demokratie ist eigentlich immer positiv besetzt: Rechtsstaat, freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Menschenrechte etc. sind angeführten Schlagworte.

M: Ja, aber das ist eine neuere Entwicklung. Was Luca meinte, war ja, dass es schon eine ideengeschichtliche Wurzel hat. Es wurde zwischen guten und schlechten Herrschaftsformen unterschieden. Demokratie galt dabei allgemein eben als eine von den schlechten. Mit Aufklärung und Liberalismus entwickelte sie sich zur guten Herrschaftsform. Nur wurde das Regiertwerden als solches nie in Frage gestellt. Das geht in die Richtung, was ich vorhin meinte. Wenn du dir genauer die Entwicklung des Kapitalismus anschaust, siehst du, dass die repräsentative Form der Demokratie – gerade im Zusammenhang mit Rechtsstaat und Menschenrechten – mit der Aufklärung entstand und mit dem Kapitalismus einherging und ihn möglich machte. Das folgte keinem Masterplan. Aber es hat super zusammen funktioniert...

C: Naja, so super vielleicht auch nicht, wenn man beispielsweise an den Nationalsozialismus denkt.

4
Der Begriff des demokratischen Sozialismus wird in verschiedene Richtungen ausgedeutet. Popularität erlangte es seit den 1920ern und wurde insbesondere von Vertreter_innen der Sozialdemokratie in Abgrenzung zu kommunistischen Gruppierungen oder marxistisch-leninistischen Vorstellungen stark gemacht. Innerhalb gegenwärtiger sozialdemokratischer Ideologie zielt dieser Begriff auf eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft, ist eng verbunden mit der Rede von der sozialen Marktwirtschaft und dem Streiten für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft. Gleichzeitig ist dieser Begriff Teil sozialdemokratischer Folklore. Die Linkspartei, als Nachfolgeorganisation der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), wagt sich in ihrem Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus offiziell etwas weiter, spricht unter anderem von Wirtschaftsdemokratie und partizipativer Demokratie. »Staat.Nation.Kapital. Scheiße« ist jedoch auch dort nicht zu vernehmen.

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

M: Mh, ja. Aber auch dabei gibt es ideologische Schnittstellen. Man muss nur auf die deutsche Staatslehre schauen, und welche ideologische Funktion Demokratie da einnimmt. Wenn man sich Carl Schmitt anschaut, bekommt man erklärt, dass die Voraussetzung für Demokratie ein homogenes Volk ist und eine Identität von Herrscher und Beherrschten mit »wahrem« Führertum statt parlamentarischer Repräsentation braucht. [5] Worauf ich jetzt aber hinaus wollte, ist, dass wir mit einer Problematik konfrontiert sind, aus dem man nicht leicht heraus kommt. Über das demokratische Moment, das vielleicht utopisch sein kann, wird man auch integrierbar. Was hörst du denn, wenn du sagst: »Das System ist scheiße.« ? Du hörst: »Du kannst doch alles sagen. Bring dich doch ein. Wir haben doch eine Demokratie. Da können alle mitmachen.« Und das ist die Crux an der Sache. Ich weiß nicht, ob man das emanzipatorisch anwenden kann, weil man darüber Gefahr läuft, reformistisch zu sein.

C: Wenn man sich in Deutschland fragt, wie das Konzept anzuwenden wäre, sieht man, dass es schon Formen direkter Demokratie gibt. Bürgerbegehren und so weiter sind ja genau diese Formen direkter Demokratie, wo Gesetze geädert werden können. Natürlich nur bis zu einem gewissen Grad, nur auf kommunaler oder Länderebene und wenn man genug Fürstimmen hat. Aber es gibt ja dieses Moment. Wo wird hier ein utopisches Moment sichtbar? Es gibt ja bereits direkte Beteiligungsformen, allerdings ist die Hürde zur Mitbestimmung durch Formen direkter Demokratie zumindest hier in Deutschland relativ hoch. Wenn Möglichkeiten der Beteiligung bestehen, wird der Blick auf fundamentalere Kritik eingegrenzt. »Was beschwerst du dich, du kannst doch mitbestimmen«, allerdings geht diese Mitbestimmung an der Kritik der ökonomischen Zwänge vorbei. Du wirst dadurch inkludiert, aber du unterwirfst dich damit den Zwängen. Und umso vollständiger die Inklusion, umso vollständiger die Unterwerfung.

M: Was aber bei den französischen Theoriesträngen unter Demokratie verstanden wird, ist mehr als lediglich Partizipation. Es geht nicht darum, direkt den Bundespräsidenten zu wählen. Es geht zum Beispiel darum, ein Ereignis – das ist ein zentraler Begriff – zu haben, was eine funktionierende Ordnung fundamental in Frage stellt. Wenn man Demokratie aus einer linksradikalen Perspektive anschaut, sieht man, dass diese eng mit Staat, Ordnung und Kapitalismus verbunden ist, dass dieses Ereignis kaum erreicht werden kann.

R: War dieses Ereignis nicht mindestens in den 1920ern, in der Weimarer Republik, noch möglich? Es konnten sich doch qua Verfassung Parteien an den politischen Willensbildungsprozessen beteiligen, die eigentlich die bestehende gesellschaftliche Ordnung abschaffen wollten: Einerseits die NSDAP oder auch Parteien, die für die Rückkehr zur Monarchie standen, aber auch linke, kommunistische Parteien. Ein bekanntes Narrativ heute, das Narrativ der »wehrhaften Demokratie«, die sich gegen ihre Verfassungsfeinde zu verteidigen weiß, behauptet ja, ideologisch durch die Extremismustheorie abgesichert, die richtigen »Lehren aus Weimar« gezogen zu haben. Eben weil über das demokratische Ticket Parteien und Repräsentant_innen ganz offen gegen das System agieren und ins Parlament einziehen konnten, muss die demokratische Gesellschaft sich nun angemessen schützen. .

Es wäre in diesem Zusammenhang interessant zu wissen, ob in den Verfassungen anderer Staaten die Möglichkeit gegeben ist, auf Basis der Verfassung über das Gegebene hinauszugehen. In Diskussionen in Teilen der linksparteinahen Linken wird ja auch versucht, auf Basis des Grundgesetzes in Gestalt der Möglichkeit einer dem Allgemeinwohl dienenden Enteignung argumentativ das Feld für eine

5
Bei Carl Schmitt, einem Vertreter der deutschen Staatslehre, ist der Staat die politische Einheit des Volkes. Demokratie funktioniert nach seiner Theorie nur durch Gleichartigkeit des Volkes nach innen, sonst gäbe es zu starke politische Konflikte, die sich nicht lösen lassen, und der Staat würde im Bürgerkrieg enden. Demokatie ist als Entscheidung des Volkes vor der Staatsgründung getroffen und dann nur noch durch einen Bürgerkrieg und eine neue Entscheidung umzuwerfen. Dabei war Schmitt Gegner einer pluralistisch verstandenen Gesellschaft mit einer parlamentarischen Legislative – also gegen Elemente, die heute zentral für den Demokratiebegriff sind und die andere Vertreter der Staatslehre favorisierten (bspw. Hans Kelsen). Für den NS übernahm Schmitt die Rechtfertigung der »nationalen Revolution« als legal, um so die Loyalität von Beamtenapparat und Armee zu sichern. Er hatte eine nicht unumstrittene, aber doch sehr komfortable Rolle als Jurist während des NS.

6
In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass das

Grundgesetz keine konkreten Aussagen zur Wirtschaftsweise trifft, der Kapitalismus also im Grundgesetz nicht festgeschrieben sei und daher Antikapitalismus nicht als verfassungsfeindlich verfolgt werden sollte. Diese Debatte bezieht sich vor allen Dingen auf Artikel 14 Absatz 2 und 3 des Grundgesetzes.

gesellschaftliche Transformation vorzubereiten.[6] Diese Diskussion eröffnet noch einmal eine andere Perspektive auf die gesellschaftliche Auseinandersetzung um den Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus und was so jeweils darunter verstanden wird.

L: Ich glaube, in euren Argumenten steckt eine Prämisse, die gar nicht selbstverständlich ist. Die Trennung zwischen öffentlich und privat, wie wir sie haben, muss so nicht aufrechterhalten werden. Im Kapitalismus muss ja das Ökonomische privat organisiert sein. Der Staat kann zwar regulierend eingreifen, aber Eigentums- und Verteilungsfragen werden in der privatwirtschaftlichen Sphäre auf dem Markt ausgehandelt und sind deswegen dem demokratischen Prozess entzogen.

Freiheit und Gleichheit, die beiden Grundbedingungen der Demokratie, sind gleichzeitig in unserer Gesellschaft Prinzipien, die dazu dienen, diese privatwirtschaftliche Organisation zu garantieren. Freiheit heißt: ich kann tun und lassen, was ich will, solange es die Gesetze nicht verbieten. Und die Gesetze sind dabei nicht Schranke dieser Freiheit, sondern ihre Bedingung. Um freie Willkür bei gegensätzlichen Interessen zu ermöglichen, muss sie allseitig begrenzt werden. Diese Form von Freiheit ist notwendig für die kapitalistische Produktionsweise und sie ist auch voll verwirklicht in unserer Gesellschaft. Gleichheit ist im Kapitalismus bloß Rechtsgleichheit, ohne die das Vertragswesen, auf dem der Kapitalismus aufruht, gar nicht zu praktizieren wäre.

Aber in der Rede von Freiheit und Gleichheit – weil die Worte eben mehr bedeuten als ihre konkret-historische Bestimmung – schwingt eben auch das im Kapitalismus unerfüllbare Versprechen mit, dass alle gemeinsam ohne personale Abhängigkeit voneinander mit gleicher Möglichkeit zur Mitgestaltung aushandeln können, wie wir miteinander leben, wie wir Produktion und Reproduktion organisieren wollen. Und wenn man in diesem Sinne sagt, Demokratie ist erstmal die Einrichtung der Ordnung durch alle in Freiheit und Gleichheit, dann wäre die Einigung darauf, dass Güterorganisation und die Organisation der Ökonomie eine Privatangelegenheit ist, die der Staat nur schützt, gar nicht selbstverständlich. Dann wäre Demokratie ein Prinzip, das auch mit einer Planwirtschaft zusammengehen würde. Und eine Planwirtschaft, die nicht demokratisch wäre, wäre für mich auch nicht wünschenswert.

M: Das ist ein interessanter Punkt, dass man in Richtung privat und öffentlich guckt. Die Trennung von öffentlich und privat verbannt ja z. B. auch Reproduktionsarbeit in die Privatsphäre – also an die Hausfrau oder Hausangestellte. Das Problem ist aber, dass du in dem hiesigen Diskurs mit einem ganz anderen Demokratiebegriff konfrontiert bist, der dir die Hände bindet. Der öffentliche Diskurs ist doch: Lehre aus Weimar, wir haben jetzt wehrhafte Demokratie. Man kann bis zu einem gewissen Punkt kritisieren, ansonsten werden Maßnahmen ergriffen. Das ist knallharter Staatsschutz, der dir da entgegenschlägt. Ich finde es ein hehres Anliegen, zu schauen, ob man was mit dem Begriff machen kann. Aber ich zweifle daran, dass du mit diesem Begriff im hier und jetzt etwas Emanzipatorisches anfangen kannst. Was forderten die Bewegungen der letzten Zeit, wenn sie sich auf den Begriff gestürzt haben – »democracia real« und so? War es nur eine Forderung nach mehr direkter Beteiligung am Prozess? Ok, kann man machen. Aber das ist wieder Reformismus, der das System nur perfekter macht. Raus kommst du immer noch nicht.

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

C: Für mich schließt sich da auch das Problem der Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre an. Wie weit ginge ohne diese Trennung der Zugriff ins Private? Ist nicht die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre auch ein Schutz für das »private Individuum«? Ich würde behaupten, dass wenn diese Trennung auflöst werden würde, die Kontrolle gegenüber dem Individuum durch bestimmte Gruppen oder durch den Staat zunehmen könnte.

L: Mir ging es nicht darum, den Unterschied zwischen privat und öffentlich ganz abzuschaffen, sondern zu sagen, die Grenze muss anders gezogen werden. Produktion und Reproduktion, also alle gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten, sind im kollektiven Interesse oder tangieren alle.

Das ist nur vermeintlich privat, weil ich ja ständig in Beziehungen mit anderen stehe. Aber es gibt jede Menge Sachen, bei denen ich unbedingt will, dass sie privat bleiben oder es erst werden. Bereiche, die als Fragen nach individueller Vorliebe behandelt werden sollten. Mit wem ich ins Bett gehe, z.B., wo und wie ich mein Körperhaar trage oder nicht trage etc. All das galt mal oder gilt auch heute noch als Gegenstand öffentlichen Interesses, wo sich die Gesellschaft anmaßt rechtlich, diskursiv oder sonstwie regulierend einzugreifen.

C: Mir stellt sich noch eine andere Frage bezüglich der Diskussion: Wie stellt man sich das demokratische Subjekt (Idealvorstellung einer freien Bürgerin / eines

freien Bürgers) vor – das heißt welche Voraussetzungen liefert unsere Gesellschaft um »mehr Demokratie« zu fordern? Wie bildet sich der Wille? Wie funktioniert die Vergesellschaftung und, vor allen Dingen, von welchem demokratischen Bewusstsein sprechen wir?

Solche Sachen sind wichtig, wenn man über Demokratie spricht. In der Diskussion sollte sich bemüht werden, auch auf die Fallstricke des demokratischen Gedankens einzugehen

Es stellt sich für mich die Frage, ob Demokratie als Regierungsform betrachtet wird, welche demzufolge nur ein Mittel auf dem Weg zu einer »menschenwürdigen Gesellschaft« wäre. Oder ob Demokratie gleichzeitig Form und Inhalt sein sollte. Also was ich sagen möchte ist, dass nur weil mehr Demokratie gefordert wird, es die Menschen nicht dazu bringen muss die Vergesellschaftung »menschlicher« (im emanzipativen Sinne) werden zu lassen. Die Frage ist doch, auf welchem Fundament, von wem und mit welchem Ziel der Begriff der Demokratie nutzbar gemacht wird.

L: Da würde ich dir zustimmen, dass die Form, wie Entscheidungen zustandekommen, noch nichts über den Inhalt sagt, der entschieden wird. Aber trotzdem ist ja das Verfahren, - also wer überhaupt beteiligt ist an gesellschaftlich relevanten Entscheidungen – wichtig. Wenn bestimmte Gruppen von Menschen von vornherein – auf welche subtile bis brutale Art auch immer – vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden, dann hat das Konsequenzen für den Inhalt der Entscheidungen.

Ich glaube schon, das es immer irgendeine Form von gesellschaftlicher Organisation braucht und auch allgemein verbindliche Übereinkünfte. Dann wäre Demokratie erstmal für mich das Wort für maximale Partizipation – und ich glaube das ist nicht eine einfache Definition, die ich von außen setze, sondern die ich aus der Begriffsgeschichte entnehme. Und ich denke, dass der Begriff auch heute immer wieder tatsächlich in diesem Sinne verwendet wird.

Du kannst von der Idee der Demokratie das Ideal von Freiheit und Gleichheit nie trennen und damit auch nicht von dem utopischen Überschuss, der diesen Begriffen anhaftet. Insofern ruhen unsere inhaltlichen politischen Vorstellungen auf einem normativen Fundament auf, das die bürgerliche Gesellschaft selbst mit der Demokratie hervorgebracht hat, aber nicht in der Lage ist, diese normativen Ansprüche zu erfüllen. Wenn von Freiheit und Gleichheit die Rede ist, stellt sich also immer auch die Frage nach ökonomischer Gleichheit. Es bedarf einer ideologischen Anstrengung, die ökonomische Ungleichheit zu rechtfertigen. Und dieser ideologische Diskurs ist brüchig, voller Widersprüche, die wir immer wieder aufzeigen können. Der positive Bezug auf den Begriff der Demokratie hat, glaube ich, den strategischen Vorteil, dass man immer an dem ideologischen Selbstwiderspruch dieser Gesellschaft dran bleibt. Man bezieht sich auf ein normatives Fundament, das diese Gesellschaft einerseits braucht, andererseits nicht einlösen kann.

C: Aber wäre es nicht auch denkbar wenn man diesen Begriff völlig über Bord wirft? Mal angenommen, ich versetze mich in die Rolle der Aktivist_innen und merke es gibt immer noch Ungleichheit usw. Dann glaube ich doch auch nicht mehr an die Demokratie? Aber wenn ich dann fordere: »Glaub doch bitte mal an Demokratie!«, arbeite ich dann nicht dem in die Hände, was ich eigentlich nicht möchte? Zumindest wenn die Forderung einfach nur heißt mehr Demokratie (»jetzt«). Bevor man sich Gedanken darum macht, wie man die Gesellschaft organisiert, ginge es doch erstmal darum, die Verhältnisse so wie sie jetzt bestehen abzuschaffen. Aus unserer Situation heraus – als im Kapitalismus lebende Subjekte – ist es doch schwierig darüber hinaus weisen zu wollen.

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

M: Ich finde schon, dass man die Bruchstellen des Diskurses nutzen kann. Es ist ein gutes Argument, sich die Selbstrechtfertigung des Systems zu nutze zu machen. Das ist auch ein Gedanke, den die Kritische Theorie schon gemacht hat. Da geht es mir um die Ambivalenz des bürgerlichen Glücksversprechens von Freiheit und Gleichheit, was erstens nicht eingelöst wird, und zweitens in Folge dieser Nicht-Einlösung eine Psychodynamik produziert, woran wir als vermeintlich naturbeherrschende Subjekte zugrunde gehen oder einen »Feind« umbringen, weil das Glück eben nicht da ist und wir es auch nicht kriegen werden. Nach Freiheit und Gleichheit zu rufen, schrammt aber auch oft an so einer liberalen Forderung vorbei, die den Bürger vor dem Eingreifen des Staates in seine Freiheit schützen will. Der Punkt von *aze, Demokratie nochmal anders zu begreifen und zu nutzen, ist o.k. Aber deswegen muss man die anderen Theorien ja nicht verwerfen. Materialismus darf man da nicht rauslassen. Die strategische Nutzung impliziert aber auch eine gewisse elitäre Haltung. Das macht man, um eine Masse zu mobilisieren, weil Demokratie ja so gut ankommt. Um dann was zu tun? Das schwingt in der von *aze gestellten Frage – Nutzen wir »Demokratie« als radikale Linke? – mit. Man ist dann beim elitären Kaderzirkel, der versucht die Verhältnisse umzuwerfen und dabei die Masse mitzunehmen...

R: Diese große Erzählung von der bürgerlichen Demokratie ist doch auch schon ziemlich kaputt. Das heißt, die bürgerliche Demokratie schafft es immer schlechter, sich selbst als die beste aller möglichen Welten auszuweisen. Die alte Abgrenzungsfolie des real existierenden Sozialismus wurde zwar mitunter durch das Bild der drohenden Islamisierung der Welt ersetzt, doch reicht dies nicht mehr hin, der bürgerlichen Demokratie ein strahlendes Image zu verpassen. Interessant wäre, noch einmal genauer zu prüfen, in wieweit diese große Erzählung und das ihr innewohnende Glücksversprechen ein bindendes Glied in der Gesellschaft darstellt(e).

Weiterhin denke ich, dass die Diskussion um den utopischen Überschuss, der vermeintlicher weise im Demokratiebegriff verortet wird, auch noch einmal vor dem Hintergrund der Ausrufung des Endes der Geschichte betrachtet werden sollte. Zusammen mit dem sogenannten realexistierenden Sozialismus, wie auch immer mensch zu ihm stehen mag, wurde doch jegliches utopische Begehren gleich mit beerdigt. Jede Aufhebung der bestehenden Ordnung kann sich nur noch als repressive Aufhebung vorgestellt werden, ein Umstand, der insbesondere in Deutschland zusätzliche Bestärkung erhält im Angesicht von NS und Shoah. Der Verlust der Fähigkeit, sich die Welt auch anders vorstellen zu können, geht denn auch nicht spurlos an der Linken vorbei und ich frage mich in diesem Zusammenhang, wie eng utopisches Vermögen und bürgerliches Gleichheitsversprechen tatsächlich noch verbunden sind (und ob sie es je waren). Woran also aus emanzipatorischer Perspektive anknüpfen?

Demokratieaffine Bewegungen wie Occupy Wall Street oder Democracia Real und ihre bundesrepublikanischen Pendants reagieren zwar auf grundlegende Krisen innerhalb bürgerlicher Gesellschaften. Auf Basis ihres Bemühens, ihrer sozialen Kämpfe, welche im optimalen Fall die Inklusion vorher Ausgeschlossener in den politischen Prozess schaffen, besteht nun aber meines Erachtens die Gefahr, eine neue demokratische Erzählung – eine ungewollt ideologische Erzählung – zu verfassen, die der bürgerlichen Gesellschaft schon verloren geglaubte Legitimität verleiht und den Anschein weckt, hier wäre noch etwas möglich, da ginge noch etwas.

Und ja, ich bin mir auch nicht sicher, ob die Mehrheit der Leute hier eigentlich mit Emphase demokratische Verhältnisse verteidigen (würden). Ich habe nicht den Eindruck, dass es in dieser Gesellschaft vor klassischen bürgerlichen Demokrat_

innen nur so wimmeln würde. Ausnahme stellen hier höchstens Fragen der Landschaftsplanung wie Stuttgart 21 oder der Abriss der East Side Gallery dar. Dann sind die Menschen auf einmal Demokrat_innen durch und durch. Nur nicht dann, wenn es wirklich mal um etwas Wichtiges geht. Daran anschließend finde ich noch spannend die Frage, ob und wie die Leute ideologisch zwischen Demokratie und Kapitalismus unterscheiden.

L: Ich glaube der Hinweis auf die konkrete historische Situation, in der wir uns befinden, ist gar nicht so unwichtig. Es gibt schon viele Leute die von Postdemokratie oder Technokratie sprechen, weil sie meinen, dass Demokratie immer mehr seiner Substanz beraubt wird. Historisch ist das natürlich eine Verklärung der Vergangenheit – als ob es je eine Phase bürgerlicher Demokratie gab, in der nicht auch stets in Krisensituationen autoritär durchregiert worden wäre. Demokratie und Kapitalismus treten immer dann sichtbar auseinander, wenn Demokratie sich als zu schwerfällig und teilweise hinderlich erweist, auf die Anforderungen globaler kapitalistischer Verwertung in der Krise schnell und im Sinne der Verwertung effizient zu reagieren. Diese Konstellation führt auch aktuell gerade dazu, dass Leute (wieder) auf die Idee kommen, Demokratie in Opposition zum Kapitalismus zu sehen.

Ich würde auch nicht sagen, ich nutze den Demokratiebegriff in dem Sinne strategisch oder dass ich sage, ich will die Leute abholen, wo sie sind. Andersrum: was ich will ist schon per Definition demokratisch, weil mein politisches Ziel eine nachkapitalistische Gesellschaftsordnung ist, die von möglichst vielen Leuten mitgetragen wird. Und mir geht‹ s da auch um die öffentliche Diskussion, den Streit darum, wie diese Gesellschaft einzurichten ist. Sonst wär es ja nur ein schlecht demokratisch verkleideter Kaderstandpunkt.

M: Vielleicht können wir hier auch mal einen Punkt machen. Was unterscheidet Demokratie in diesem Sinne von dem, was man landläufig in der Linken unter Kommunismus versteht? Bzw. ist das Demokratische da schlicht die Partizipation aller? Da haben wir wieder ein Problem: Wenn ich an alle denke, gruselt es mich. Wie geht man damit um? Es geht auch um die Subjekte, die alle mitmachen sollen. Was machst du mit denen ohne sie zu missionieren, ohne sie zu unterdrücken, ohne totalitär zu werden? Da ist die Grundgesetzlösung immer noch die subtilste Antwort: wehrhafte Demokratie. Als Linksradikale, die emanzipatorische Politik machen will, komme ich mit dem Begriff nicht weiter. Du musst dir überlegen, was du mit Nazis machst, was du nicht zulassen kannst, wo du Grenzen ziehst. Naja und was machst du dann? Für mich hat das nichts genuin Neues. Ich sehe da keine Perspektive für Politik.

C: Errorsituation. Hier wird für mich deutlich, dass sobald über Demokratie gesprochen wird die Frage nach der Verfasstheit des Individuums in der kapitalistischen Gesellschaft mitschwingt. Vielmehr geht es doch darum die Widersprüche im Subjekt, in einem selbst, welche sich aus den kapitalistischen Zwängen ergeben zu »untersuchen«. An der Stelle sind doch meine eigenen Erfahrungen und das Leid und auch meine Ohnmacht der Untersuchungsgegenstand aus dem sich ein kritischer Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse ergibt.

**aze-Broschüre: Das verflixte Wort mit D. Beiträge zu einem linksradikalen Demokratie-Begriff.*

Kleingedrucktes

Diese Broschüre kann bei aze@riseup.net bestellt werden und steht unter aze.blogsport.eu zum Download bereit.

Layout:
Wir danken KoKu!

Bildnachweise:

Umschlag: In Dublin weitete sich im September 1913 ein Streik der Straßenbahnfahrer*innen zur Straßenschlacht aus, bei der ein Mensch getötet und mehrere hundert verletzt wurden.
S. 2-3: Zahlreiche Menschen feierten den Zusammenbruch des rechtsgerichteten Militärregimes im April 1931 in Spanien. Polizist*innen trieben die Mengen auseinander.
S. 5: Im März 1931 löste die Polizei eine antikoloniale Demonstration der Kongreßpartei in Bombay auf.
S. 8-9: Streikende Bahnfahrer*innen legten im Oktober 1910 in Nordfrankreich den Schienenverkehr mit einer quergestellten Lokomotive lahm.
S. 13: Eine antifaschistische Demonstration in Athen 1944 endete mit der Erschießung zweier Demonstrant*innen durch die Polizei.
S. 16-17: Mehrere tausend Menschen protestierten auf einem Camp der 15M-Bewegung in Spanien 2012. Foto: Julio Albarran.
S. 22-23: Die Demonstrationen für das Frauenwahlrecht 1914 vor dem Buckinghampalast endeten mit zahlreichen Festnahmen.
S. 25: Sprengung einer Arbeiter*innenversammlung 1911 im Pariser St.-Paul-Viertel durch die französische Polizei.
S. 33: Werbefoto für die britische Zeitschrift *Suffragette*, die 1912 zum ersten Mal erschien und sich für das Frauenwahlrecht einsetzte.
S. 38-39: Student*innen verteilten 1968 im Zuge des Prager Frühlings Untergrundflugblätter auf dem Prager Wenzelsplatz.

November 2013

http://aze.blogsport.eu